



Internationaler Versöhnungsbund

Seit 1914 gewaltfrei aktiv
gegen Unrecht und Krieg

Rundbrief
3/2026

Versöhnung

Friedensreferat - Abschied und Neubeginn

Erklärung des Versöhnungsbundes

Liebe Leser*innen.....	3
Jahrestagung	4
Antifeminismus – ganz rechts und ganz nah, von <i>Renate Wanie</i>	4
Flucht und Asyl – <i>Dietlinde Haug und Sophia Bohrloch berichten aus der Themengruppe</i>	6
Recht – Staat – Widerstand – <i>Workshop mit Ullrich Hahn und Eva-Maria Willkomm – Von Gudula Frieling</i>	7
Themengruppe Narrative des Kapitalismus – <i>Ein Blitzlicht auf die Arbeit mit Rudi Mehl</i>	9
„Sprechen und Zuhören“ I – ein anderes gesell- schaftliches Miteinander wird erlebbar – <i>Die The- mengruppe „Dialog und Abgrenzung“ mit Barba- ra Bürger und Andrea Nelson</i>	10
„Sprechen und Zuhören“ II – und das schwieri- ge Schweigen – <i>Protokoll über die Arbeitsgruppe „Gewaltfreie Kommunikation“ mit Antje Reichert und Birgit Gündner</i>	11
Versöhnung vor dem Hintergrund der Gewaltfreien Kommunikation, von <i>Antje Reichert</i>	12
Aus dem Versöhnungsbund	14
Impulse aus der Jahrestagung werden weiter be- arbeitet – <i>Erstes Treffen des neu gewählten Vor- stands Mitte Juli in Mainz</i>	14
Erklärung des Internationalen Versöhnungsbundes – Deutscher Zweig e. V.	17
Rückblick auf 35 Jahre als Referent für Friedensfragen beim Versöhnungsbund, von <i>Clemens Ronnefeldt</i>	18
Neuer Friedensreferent im Versöhnungsbund – <i>Kevin Kaisig übernimmt Nachfolge von Clemens Ronnefeldt</i>	21
Leben in Gerechtigkeit	22
Nehmen uns Maschinen neben der Arbeit auch das Einkommen ab? <i>Wir brauchen andere Vertei- lungskriterien, von Rudolf Mehl</i>	22
Bücher	24
Der „andere“ Tolstoi und die unbekannte Friedens- bibliothek	24
Drei neue Bände der edition pace	25
Gewaltfrei aktiv	26
Pfingsten 2025 - Fünf Jahre Mahnen gegen Atom- waffen, von <i>Mechthild Geue</i>	26
Internationaler Bremer Friedenspreis 2026 an In- itiativen im Libanon und in Niger, von <i>Clemens Ronnefeldt</i>	27
Was Mitglieder erzählen	28
Termine	30

Versöhnung – Rundbrief 3/2026

Herausgeber: Versöhnungsbund e.V.

Schwarzer Weg 8, 32423 Minden
Tel. 0571-850875, Fax 0571-8292387

vb@versoehnungsbund.de
www.versoehnungsbund.de

Verantwortlich für diese Ausgabe:

Sebastian Hirschbeck, Rudolf Mehl, Dagmar Schulte,
Dietlinde Haug, Burkhard Luber

redaktion@versoehnungsbund.de

Für den Inhalt der Artikel sind ausschließlich die jeweili-
gen Autor*innen verantwortlich.

Druck und Versand: Knotenpunkt Offsetdruck GmbH,
Buch (Hunsrück), <http://knotenpunkt-buch.de>

Das Heft ist gedruckt auf Recyclingpapier, zertifiziert
mit dem Umweltzeichen Blauer Engel.

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 05.11.2026

Referat für Friedensfragen:

Clemens Ronnefeldt

A.-v.-Humboldt-Weg 8a, 85354 Freising
C.Ronnefeldt@t-online.de
08161 547015



Wir freuen uns über die Unterstützung unserer Arbeit!

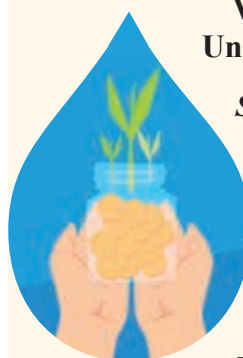
Spenden:

Versöhnungsbund e.V., GLS Bank
IBAN: DE40 4306 0967 0033 6655 00
BIC: GENODEM1GLS

Mitglied werden:

[www.versoehnungsbund.de/
kontakt/mitglied_werden](http://www.versoehnungsbund.de/kontakt/mitglied_werden)

Spenden sind steuerlich absetzbar



Zum Titelbild

Das Bild ist Ergebnis einer Gruppenarbeit im Seminar
Wurzeln der Gewaltfreiheit im Nov. 2023: Meine eige-
nen Wurzeln der Gewaltfreiheit – Persönliche Beweg-
gründe und Geschichten.

Liebe Leser*innen

„Wer rechts überholen will, landet im Straßengraben“. Die jetzige Regierung versucht dieses Manöver offensichtlich. Sie fordert Alleinerziehende auf, mehr zu arbeiten. Andere Beispiele sind die Kürzungen bei der Asylberatung sowie bei den Integrationskursen. Außerdem kündigt sie willkürlich die Aufnahmezusage für afghanische Menschenrechtler und Ortskräfte, nach Deutschland einreisen zu können. Stattdessen arbeitet sie mit den Taliban zusammen. Unzählige weitere Beispiele ließen sich nennen. Auch die vielen Hitzetoten der deutschen Bürger scheinen den Regierenden gleichgültig zu sein. Nach ihren Aussagen ist angeblich kein Geld für Klimaanlagen in Krankenhäusern und Altenheimen da. Stattdessen steckt sie es lieber in das „Projekt Kriegstüchtigkeit“: Fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts sollen dafür her. Das scheinen ja „nur“ fünf Prozent zu sein –

de facto ist es nahezu die Hälfte des deutschen Bundeshaushalts. Sozialabbau für Aufrüstung ist die Devise. Dieser Entwicklung in die falsche Richtung stellen wir unsere Perspektiven entgegen:

Renate Wanie beschäftigt sich mit gewaltfreiem Widerstand gegen Antifeminismus.

Gleich drei Beiträge machen sich Gedanken zu gewaltfreier Kommunikation.

Und Clemens Ronnefeldt blickt zurück auf stolze 35 Berufsjahre in unserem Verband. Sozusagen im gleichen Atemzug erfahren wir Näheres über seinen Nachfolger Kevin Kaisig, ein regelrechter Generationenwechsel.

Das Heft ist diesmal sehr voll und hat noch viele weitere Themen zu bieten. Eine gute Lektüre wünscht für die Redaktion.

Dagmar

Eine Arbeitsgruppe der Jahrestagung: Erinnern, Verbinden, Verändern – Haki Sasa als Modell solidarischer Zusammenarbeit.

Haki Sasa (Suaheli für „Gerechtigkeit jetzt!“) ist ein internationales Jugend- und Austauschprojekt sowie eine Solidaritätsbewegung. Es ist Teil der Jugendarbeit des Gemeinwesenvereins Heerstraße Nord e.V. in Berlin-Staaken.



Antifeminismus – ganz rechts und ganz nah

Von Renate Wanie

Zur Lage in Deutschland

Aktuell gibt es kaum Zahlen zu Antifeminismus. Studien lassen jedoch einen Anstieg antifeministischer Einstellungen erkennen: Ein Viertel der im Rahmen der Leipziger Autoritarismus-Studie 2024 Befragten hatten in diesen Erhebungen ein geschlossenes antifeministisches Weltbild, während es 2020 noch 19 Prozent waren. Die Autor:innen der Studie sprechen von einer „konstanten Zahl an Deutschen mit geschlossenen antifeministischen und sexistischen Einstellungen“ (Kalkstein et al. 2024, S. 167). Das erstmals veröffentlichte „Zivilgesellschaftliche Lagebild Antifeminismus 2023“ der Amadeu Antonio Stiftung (1) verzeichnete bundesweit 372 antifeministische Vorfälle. Der Großteil davon spielte sich auf digitaler Ebene ab, also in sozialen Medien und Plattformen.

Das Lagebild fasst **sieben konkrete Angriffsdimensionen** zusammen: *antifeministisch motivierte Gewalt: *Bedrohung, *Diskriminie-*

*rung, *Sachbeschädigung und *Beleidigung, *Hate Speech und *Agitationen.*

Die Ergebnisse verdeutlichen eine **Strategie der Einschüchterung**: Die meisten Betroffenen sind Einzelpersonen. Sie sollen sich durch antifeministische Angriffe aus öffentlichen Diskursen und Räumen zurückziehen. Durch dieses sogenannte **Silencing** verstummen demokratische, emanzipatorische Stimmen. (Rahner et al. 2020, S. 19) So untergräbt Antifeminismus auch die Demokratie, wenn Teilhabe, Pluralität oder auch gesetzlich verankerte Grundprinzipien nach dem Grundgesetz Art. 3, also die Gleichberechtigung der Geschlechter, verhindert werden.

Blick in die Geschichte

Antifeminismus ist kein neues Phänomen. Wenig bekannt ist, dass ab 1900 frauenbewegte Stimmen und Aktivitäten verstärkt in der gesamten Gesellschaft deutlich wahrnehmbar waren. Die nahezu flächendeckende **Präsenz von Frauenvereinen** und

-organisationen brachte deren Anliegen und Bestrebungen verstärkt ins Bewusstsein der Öffentlichkeit. 1902 wurde der Begriff des Antifeminismus das erste Mal im deutschsprachigen Raum von der frühen radikalen Feministin **Hedwig Dohm** verwendet – in einer ebenso scharfsinnigen wie scharfzüngigen Analyse. Ihr Leben war geprägt von den Beschränkungen sog. „weiblicher Möglichkeitsräume“, wie es damals ausgedrückt wurde, jedoch auch von mutigen wie auch riskanten Bestrebungen, diese Räume aufzubrechen. Ihr mutiges Auftreten muss vor dem Hintergrund des historischen Kontextes des Deutschen Kaiserreiches (1871–1918) gesehen werden. Sie war ein streitbarer, kritischer Geist und eine feministische Intellektuelle, die vielleicht „brillanteste und radikalste Feder der historischen Frauenbewegung“, nicht zuletzt war sie konsequente Kriegsgegnerin. (2) (Maurer, Susanne: Hedwig Dohm, Die Antifeministen)

Auf bereits erreichte – ebenso wie auf die noch geforderten – Öffnungen und Veränderungen in der gesellschaftlichen Geschlechterordnung reagierten **Anfang des 20. Jahrhunderts** sogenannte **Antifeminist*innen** mit starken Ressentiments. Eine Veränderung der Stellung von Frauen in der Gesellschaft, vor allem aber den Anspruch von Frauen auf umfassende gesellschaftliche Teilhabe, lehnten sie ab. Der einflussreiche nationalistische und antisemitische Historiker Heinrich von Treitschke brachte es damals auf den Punkt: „Obrigkeit ist männlich; das ist ein Satz, der sich eigentlich von selbst versteht“. Dennoch: Die Präsenz der Frauenvereine und -organisationen brachte deren Anliegen und Bestrebungen ver-



stärkt ins Bewusstsein der Öffentlichkeit!

Zum Verständnis von Antifeminismus

Antifeminismus ist eine Ideologie und politische Strategie und richtet sich pauschal, aktiv und meist organisiert **gegen** feministische Anliegen und Positionen wie **Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit, *Frauenbewegungen und Feminismen, *Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans* Menschen, inter* Menschen, *queere Menschen und weitere (LSBTIQ+), *(Bildungs-) Ansätze für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt und *vielfältige Familienmodelle, beziehungsweise Lebens- und Liebensformen.* (3)

Konkret zeigt sich der Antifeminismus z. B. durch **Physische Angriffe auf LSBTIQ+ (das „+“ steht für alle weiteren sexuellen und geschlechtlichen Identitäten) bei einer *Demonstration genauso wie durch *sexistische Drohanrufe an Gleichstellungsbeauftragte oder *orchestrierte Hasskommentare im Internet gegen feministische Accounts.*

Arten von Antifeminismus und Motive

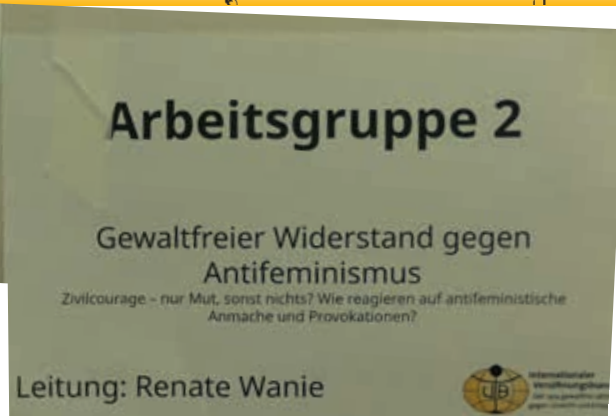
Die breite Palette antifeministischer Angriffe macht sichtbar, dass diese von unterschiedlichen Akteur:innen kommen, die sich überschneiden können, z. B. **rechtsnational (Tradwives = „Keimzelle d. Nation“), *neoliberal – mit individuellen Leistungen statt strukturellen und gesellschaftlichen Benachteiligungen argumentierend, *Konservative, die mit Konzepten von Tradition, Religion bis hin zu fundamentalistischen Werten argumentieren, *männerbündisch, die Männlichkeit idealisieren *und/oder misogyn agiert, *verschwörungstheoretisch, Antifeminismus = meist mit Antisemitismus und Rassismus ver-*



menzt.
(4) (Höcker, Pichel, Decker, 2020)

Antifeminismus baut auf Sexismus (*Sexismus diskriminiert Frauen aufgrund des zugeschriebenen Geschlechts*), auch Frauenhass kann Bestandteil antifeministischer Ideologie sein. **Ausschlaggebendes Merkmal** ist das politische und/oder aktivistische Handeln beim Antifeminismus. **Das Motiv** besteht in der „Gegnerschaft zur gesellschaftspolitischen Liberalisierung und Entnormierung von Geschlechterverhältnissen“, mit dem Ziel der „Aufrechterhaltung der Zweigeschlechtlichkeit“ (Lang/Fritzsche 2018, S. 340). In extremen Fällen äußert sich Frauenhass durch psychische, körperliche oder andere Gewalt bis hin zur Tötung (Femizide). Geschlechtsspezifische Straftaten gegen Frauen und Mädchen steigen in allen Bereichen – fast jeden Tag findet ein Femizid in Deutschland statt. (PM d. Bundeskriminalamtes 2024)

Die Befürwortung von Tradwives (zusammengesetzt aus „Tradition“ und „Wives“) als sog. „Keimzelle der Nation“ findet sich verstärkt in den Sozialen Medien. Dort werden ästhetisch traditionelle Bilder von Natur, Hausfrausein, Familien und Kindern in den Kontext einer normativen Mann-Frau-Beziehung gestellt – schon bevor der TikTok- und Instagram-Trend populär wurde. Der Tradwife-Trend soll vor allem ein Gegenbild schaffen zu vielfältigen Lebensmodellen sowie zu Geschlechtsidentitäten, die Frauen an-



geblich vom traditionellen Bild der Weiblichkeit abbringen. Besonders in Zeiten persönlicher oder gesellschaftlicher Veränderungen und Krisen erleben diese Vorstellungen einen Aufschwung, auch im Hinblick auf Antifeminismus.

Rechte Organisationen, Netzwerke und Bewegungen nutzen Antifeminismus insbesondere in der politischen Sphäre als Strategie. Denn Antifeminismus ist ein zentraler Bestandteil rechtsextremer Ideologie und wurde zum Teilbereich der Rechtsextremismusforschung (Lang/Peters 2018). Die Konstruktion der ‚Volksgemeinschaft‘ liegt der rechtsextremen Gesellschaftsvorstellung als Kern zugrunde. (Lehnert/Radvan 2012, S. 35) Diese Vorstellung basiert auf einem traditionellen und an biologische Merkmale geknüpften Rollenverständnis der sich angeblich ergänzenden Geschlechter Frau und Mann, was als „natürlich“ gesehen wird. Das rechtsextreme innere Ordnungsprinzip setzt voraus, dass die Frau dem Mann untergeordnet ist. Deshalb gilt es diesen Kern zu schützen, indem alles von der vorausgesetzten Geschlechter- und Familiennorm Abweichende bekämpft werden soll. Im deutschsprachigen Raum analysierten Forschende antifeministische Inhalte und Verhaltensweisen, beispielsweise bei der Freiheitliche[n] Partei Österreichs (FPÖ) und der Alternative für Deutschland (AfD).

Zentrale Frage am Ende der Jahrestagung: Was tun gegen Antifeminismus?

Antifeminismus ist zentraler Bestandteil rechtsextremer Ideologie. Doch Antifeminismus ist nicht nur Thema von Rechtsextremen, sondern findet sich überall in der Gesellschaft wieder. Besonders in Zeiten persönlicher oder gesellschaftlicher Veränderung und in Krisen erfährt ein rechtsnationaler Antifeminismus Aufschwung. Dieses demokratiegefährdende Phänomen muss durch Zahlen, Daten und Erfahrungsberichte sichtbar gemacht werden. Zudem:

*Diskriminierende Äußerungen hinnehmen trägt zur Normalisierung von Antifeminismus, Sexismus, Homo- und Trans*feindlichkeit bei.*

Deshalb der Appell: **Haltung gegen Ausgrenzung und Stigmatisierung zeigen.** In der Öffentlichkeit, in der Familie, in Freund*innenkreisen, in der Schule, online und offline. *Ermutigen Sie diejenigen, die für eine geschlechtergerechte und vielfältige Gesellschaft eintreten* – beispielsweise, indem Sie sich auch in Diskussionen einmischen. Eine klare Haltung im Netz ist ebenfalls wichtig.

Öffentliche Sichtbarkeit schaffen ist vor allem mit gewaltfreien Aktionen von Relevanz,

z. B. mit *Kundgebungen, Demonstrationen, z. B. auch mit kreativen und ebenso mit humorvollen Aktionsformen, z. B. mit Straßentheater oder *auch mit der Bildung von Bündnissen, z. B. mit Kulturinitiativen oder Gewerkschaften *beispielsweise durch Bildungs- und Gesprächsarbeit, z. B. in Workshops mit männlichen Jugendlichen und Männern.

Erkennen und benennen Sie Antifeminismus, Sexismus, Homo- und Transfeindlichkeit als das, was sie sind: menschen- und demokratiefeindlich! Davon sind vermeintliche Witze auf Kosten von Minderheiten nicht ausgenommen. (bpb)

Nach verschiedenen Inputs zu Beginn der Tagung dienten **Workshops** zum konkreten Austausch von Erfahrungen und einer Ideensammlung, z. B. auch ein Workshop für konkrete Schritte gegen Antifeminismus.

Literatur-Hinweise:

Literaturhinweise im Artikel sind der Bundeszentrale für politische Bildung entnommen:

Ho, Sandra: 14.01.2025: <https://www.bpb.de/themen/antifeminismus>

- 1) Amadeu Antonio Stiftung 2023: Zivilgesellschaftliches Lagebild Antifeminismus
- 2) Amadeu Antonio Stiftung 2024
- 3) ebenso: S. 11
- 4) Leipziger Autoritarismus-Studie 2020 / 2022



Flucht und Asyl

**Dietlinde Haug und Sophia Bohrloch
berichten aus der Themengruppe**

Es fand sich eine kleine Gruppe von fünf Personen zusammen, vier Teilnehmer der JT und als Moderatorin Sophia Bohrloch. Sophia Bohrloch ist beruflich als Sozialarbeiterin in der Betreuung von unbegleitet minderjährigen Geflüchteten tätig, die vier anderen engagieren sich als Rentner und Rentnerinnen ehrenamtlich in der Integration von geflüchteten Menschen. Wir tauschten uns über unsere Erlebnisse in dieser Arbeit aus und über die zunehmend härter werdenden Bedingungen, unter denen die Betroffenen leben müssen, aber auch darüber, was wir für sie trotz allem erreichen konnten.

Sophia Bohrloch gab uns dann einen Überblick über neue Entwicklungen an den europäischen Außengrenzen und über die sich immer mehr verschärfende Politik der Abschottung gegenüber sog. ‚illegaler / irregulärer‘ Migration. Auch darüber, wo / an welchen Grenzabschnitten die Abschottung besonders scharf ist, z. B. bei der Anlandung in Italien oder im Grenzgebiet zwischen Polen und Belarus. Schwerpunkt war zudem die Rechtswidrigkeit der deutschen Grenzkontrollen und die Maßnahmen der Reform des Gemeinsamen europäischen Asylsystems (GEAS).

Aus der Kommission resultierte ein Antrag an die Mitgliederversammlung, eine öffentliche Erklärung über die Ablehnung der Grenzkontrollen und der Implementierung der GEAS-Maßnahmen zu formulieren, in Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Kommission.

Recht – Staat – Widerstand

Workshop mit Ullrich Hahn und Eva-Maria Willkomm – Von Gudula Frieling

Groß war die Gruppe, groß war das Bedürfnis, das Rechtsgebilde Bundesrepublik Deutschland besser zu verstehen und auszuloten, was das für ein Staat ist, den wir gegen die Anfeindungen und Angriffe von rechts durch verbesserte Kommunikation und wo nötig auch durch gewaltfreien Widerstand verteidigen wollen. Da es also nicht nur um intellektuelle Auseinandersetzung, sondern auch um persönliche Positionsbestimmung und um die daraus erwachsenen strategischen Fragen ging, boten die Übungen, die Eva-Maria Willkomm in den Workshop einflocht, immer wieder die Gelegenheit, das Gehörte mit den eigenen Erfahrungen und Wahrnehmungen zu verbinden und es sich auch körperlich – also ganzheitlich – anzueignen.

Ist dieser Staat überhaupt auf uns angewiesen, da doch die Polizei inzwischen auf rund 342.000 Beamt*innen angewachsen ist und mit steigenden Machtbefugnissen ausgestattet tagtäglich dazu antritt, den Rechtsstaat zu stärken? Andererseits: Lohnt es sich, einen Staat zu verteidigen, dessen Regierung an einer Stelle, die für die Gesellschaft existenziell ist, nämlich beim Klimaschutz, ihr eigenes Gesetz bricht? Ist es etwa schon jetzt, also vor der Machtübernahme der AfD, so weit, dass wir unsere staatlichen Strukturen gegen unsere eigene Regierung verteidigen sollten?

Ullrich Hahn weist als Erstes die selbstverständlich erscheinende Annahme zurück, die Stärkung des staatlichen Gewaltmonopols durch mehr Personal und mehr polizeiliche Machtbefugnisse würde die Durchsetzungsfähigkeit des Rechtsstaats stärken. Denn das Recht steht für sich, ist sogar ohnmächtig und muss es sein.

Das Recht ist darauf angewiesen, dass sich die Staatsmacht ihm gewaltlos unterwirft. Erst wenn sie diesen Schritt wagt, wird die Staatsmacht wirklich zu einem Rechtsstaat. Diese Erkenntnis ist nicht neu, sondern gelang in der sog. Achsenzeit (um ca. 500 v. Chr.) in verschiedenen Kulturen gleichzeitig zum Durchbruch. In Israel wurde sie durch prophetische Stimmen, in China durch einen Philosophen wie Konfuzius artikuliert. Von da an stand das Recht dem Anspruch nach in mehr und mehr Kulturen über den Herrschern, die sich wie z. B. die altägyptischen Pharaonen selbst zu Göttern erklärt hatten. Die Herrschaft derjenigen Könige, die sich über das Recht stellten – und es gab viele davon – wurde als Unrechtsherrschaft entlarvt. Mit der Zeit verloren diese Könige ihren göttlichen Status.

Allerdings: Nur im gedachten Idealfall sind Recht und Gesetze wirklich identisch. Aufgrund der menschlichen Unvollkommenheit können Gesetze nie das Recht unmittelbar abbilden, sondern ihm lediglich halbwegs oder weitgehend entsprechen. Der entscheidende Schritt beim Übergang von einer Autokratie hin zu einem Rechtsstaat ist der, dass sich die Exekutive der Autorität der Gesetze freiwillig unterwirft, denn ausschließlich sie verfügt über Durchsetzungsmacht. Die Legislative arbeitet durch den Erlass neuer Gesetze daran, dass die Gesetze dem Recht möglichst gut entsprechen. Die Justiz schließlich wacht über die Einhaltung der Gesetze – was aber auch eine Aufgabe aller Staatsbürger*innen sowie Parlamentarier*innen ist.

Verfasst als demokratischer Rechtsstaat, wird die Staatsgewalt in der

Bundesrepublik vom Volk, das seine Repräsentant*innen durch Wahlen bestimmt, konstituiert. (Art. 20 Abs. 2 Grundgesetz) Diese sind jedoch an Recht und Gesetz gebunden – wie jede Partei oder sonstige Vereinigung auch. Zudem begrenzt das Grundgesetz (GG) die Macht der Mehrheit, indem es Minderheiten und Schwache mit Rechten ausstattet und so vor staatlicher Willkür schützt.

Wie ein Schutzwall, der das Individuum vor staatlicher Machtausdehnung schützt

Aber nicht nur das. Das Grundgesetz ist, wie wir lernten, mit einigen Rechtsstandards ausgestattet, die unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft eingeführt wurden. Diese dienen bis heute dazu, die Gewaltbefugnisse des Staates und sein Interesse, diese auszuweiten, zugunsten des Grundrechts eines jeden Menschen auf Selbstbestimmung und auf körperliche Unversehrtheit zu beschränken. Zentral in diesem Kontext ist die Abschaffung der Todesstrafe (Art. 102 GG), gefolgt von Artikel 103 und 104, die das Recht eines jeden Angeklagten auf rechtliches Gehör vor Gericht festschreiben. Was uns heute in Deutschland als selbstverständlich erscheint, nämlich die Verpflichtung der Polizei, Menschen nicht länger als bis zum Abend des nächsten Tages in Gewahrsam zu halten, es sei denn ein Richterbeschluss liegt dazu vor, bedeutet die Abkehr vom totalitären Staat, in dem Menschen verschwinden und gefoltert werden dürfen. Dieses Recht muss also unbedingt verteidigt werden! Hinzu kommt das Recht der Festgehaltenen, dass sie Angehörige bei der

Festnahme unverzüglich informieren dürfen. Das ganze Rechtsgefüge folgt dem Rechtsgrundsatz, dass es niemals einen Grund gibt, einen Menschen körperlich oder seelisch zu misshandeln. (Art. 2 Abs. 2 GG)

Der Schutz der Grundrechte liegt letztinstanzlich beim Bundesverfassungsgericht, jedoch: Es gibt Artikel, die unabstimmbar, die unserem Rechtssystem sozusagen ins Genom geschrieben sind, hinter die wir nicht zurückfallen dürfen: Dazu gehören der berühmte Artikel 1 (1) – „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ sowie Artikel 20, der die Bundesrepublik als demokratischen und sozialen Bundesstaat definiert und für den Fall, dass dessen Abschaffung droht, das Recht auf Widerstand festschreibt.

Wir diskutierten verschiedene Fälle, in denen die Exekutive, also die Regierung, versuchte, ihre Macht grundgesetzwidrig auszudehnen. So beschäftigten wir uns mit den immer wieder zu beobachtenden staatlichen Maßnahmen gegen die unabhängige Richterschaft. Sie sind häufig bei Regierungschefs zu beobachten, die eine autoritäre Richtung einschlagen, wie z. B. in Polen, wo 2018 unter Präsident Andrzej Duda von der PIS-Partei die Altersgrenze der Richter von 70 auf 65 herabgesetzt wurde, um missliebige Richter loszuwerden. Malgorzata Gersdorf, damals vorsitzende Richterin im Obersten Gericht Polens, erschien demonstrativ auch nach ihrer Entlassung an ihrem Arbeitsplatz – ein mutiger Akt zivilen Ungehorsams. Ein Jahr später verurteilte der Europäische Gerichtshof diese Justizreform als europarechtswidrig, da sie die richterliche Unabhängigkeit verletzte. Ein anderes, besonders dramatisches Beispiel ist das Luftsicherheitsgesetz von

2005, das die deutsche Bundesregierung infolge der Anschläge von 9/11 erließ und mit dem sie die Streitkräfte dazu ermächtigte, „Luftfahrzeuge, die als Tatwaffe gegen das Leben von Menschen eingesetzt werden sollen, durch unmittelbare Einwirkung mit Waffengewalt abzuschießen“. Schon ein Jahr später verurteilte das Bundesverfassungsgericht dieses Gesetz aufs schärfste, denn „unter der Geltung des Art. 1 Abs. 1 GG [sei] es schlechterdings unvorstellbar, auf der Grundlage einer gesetzlichen Ermächtigung unschuldige Menschen, die sich wie die Besatzung und die Passagiere eines entführten Luftfahrzeugs in einer für sie hoffnungslosen Lage befinden, gegebenenfalls ... vorsätzlich zu töten“. (https://www.bundesverfassungsgericht.de/Shared-Docs/Entscheidungen/DE/2006/02/rs20060215_1bvr035705.html)

Die Beispiele zeigen, dass nicht erst autokratische, sondern auch demokratisch legitimierte Regierungen der Versuchung erliegen, ihre Macht unrechtmäßig auszuweiten und dass es der Aufmerksamkeit der Bürger*innen bedarf, durch Klagen, Protestaktionen und Akte des gewaltfreien Widerstands dieser Machtausweitung zu widerstehen und Recht (wieder) herzustellen bzw. dafür Sorge zu tragen, dass die Gesetze dem Recht möglichst nah kommen. Da ein prinzipieller Rechtsrahmen vorliegt, der die Macht der Exekutive beschränkt, kann dieser durch die Anrufung der Gerichte vor Missbrauch und Abbau geschützt werden. Ein solches Rechtssystem kann, so Ullrich Hahn, „eine politische Geborgenheit vermitteln, die wir haben, wenn wir die Grundrechte im Hintergrund wissen“. Es ist das, was der EU-Vertrag als „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ beschreibt, wenn er sich auch mitunter auf den Raum einer Kirche beschränkt: Denn für geflüchtete Menschen ist das Kirchen-

asyl mitunter der einzige Raum, der ihnen noch bleibt. Während das kürzlich eingeführte Gemeinsame Europäische Asylsystem (kurz: GEAS) Menschen in Not den physischen Zutritt zu diesem Rechtsraum verwehrt in der irrigen Meinung, ihn dadurch zu schützen, stellte Konfuzius schon um 500 v. Chr. fest: „Wenn ein Staat in Ordnung ist, freuen sich die Menschen, die darin leben und andere kommen hinzu.“

Die polnische Richterin, die ihrer Entlassung zum Trotz weiter auf ihrem Arbeitsplatz erschien, die Menschen, die gegen das neue Luftsicherheitsgesetz Klage erhoben sowie jene, die Geflüchtete in Seenot retten oder Kirchenasyle gewähren, sind Beispiele für das, was Arthur Kaufmann in seiner Einleitung zum „Widerstandsrecht“ (1972) den „beharrlichen Widerstand“ des Geistes nennt, der die Mächtigen kritisch beobachtet, ihren Einschüchterungsversuchen widersteht, und zwar aus dem Bewusstsein heraus, dass die Grenzen zwischen Rechtsstaat und Unrechtsstaat fließend sind und daher immer wieder neu gezogen werden müssen. Eine solche lebendige Praxis des kleinen Widerstands gegenüber einem Staat, der immer unvollkommen sein wird, gehört zu unserem Staat. Erst diese Praxis des Widerstands ermöglicht die ständige Evolution des Rechts. Der Artikel 20, Absatz 4 GG schließlich eröffnet das Tor zum großen Widerstand gegen jeden, der es unternimmt, die grundgesetzliche Ordnung insgesamt abzuschaffen. Subjekt dieses Widerstandes ist das Volk, also die Staatsbürger*innen, die auf diese Weise ihrer Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Rechtsstaats nachkommen.

In kleiner Runde tauschten wir uns zum Abschluss über Formen des Widerstands aus, die wir bereits praktiziert hatten. Dabei sammelten wir

folgende deeskalierende Handlungsoptionen für Situationen, die zu eskalieren drohen (z. B. Straßenblockaden):

- Die Atmosphäre erspüren, um wahrzunehmen, wenn es aggressiv wird.
- Sich hinsetzen und singen.
- Dem eigenen Gefühl und der eigenen Einschätzung vertrauen und evtl. auch gehen.
- Alle Teilnehmenden tragen ein Band um das Handgelenk oder am Arm. Wenn jemand dazukommen möchte, muss sich ein/e Teilnehmer/in aus der Gruppe für die neue Person verbürgen, bevor ihm*/ihr als Bestätigung für die Zustimmung zu dem Aktionskonsens das Band übergeben wird.
- Im Vorfeld: Gewaltfreies Aktionstraining besuchen oder organisieren.

Bezüglich der Frage, was wir brauchen, damit unser Widerstand stark und wirkungsvoll sein kann und wie wir die Strapazen und Ausgrenzungserfahrungen, die er mit sich bringt, besser aushalten können, kamen wir darin überein, dass das klare und artikulierbare Bewusstsein, dass das Recht auf unserer Seite ist, dabei hilft, den Sinn der Aktionen auch dann im Auge zu behalten, wenn sie einen unerwarteten Verlauf nehmen oder im Einzelnen zunächst erfolglos erscheinen.

Themengruppe Narrative des Kapitalismus

Ein Blitzlicht auf die Arbeit mit Rudi Mehl

Um 1470 hat die Universität Tübingen ihre Befürchtung artikuliert, sie könne wegen der raschen Verbreitung des Buchdrucks bald überflüssig werden. Und die „Times“ warnte 1894 davor, dass der Pferdemist in London im Jahr 1950 drei Meter hoch liegen würde. So weit zur Verlässlichkeit von Prognosen. Auch in unserer etwa zehnköpfigen Denkgruppe lagen die Erwartungen zu den gesellschaftlichen Entwicklungen zwischen Resignation und Zuversicht ziemlich weit auseinander, so sehr wir uns über die Unhaltbarkeit des aktuell vorherrschenden Kapitalismus einig waren.

Wir diskutierten zunächst entlang von vier Narrativen, also unumstößlich scheinenden Wahrheiten, die Denken und Politik weithin bestimmen:

- Wir brauchen Wachstum (im Sinne von Zunahme des BIP)!
- Es geht nicht ohne industrielle Landwirtschaft!
- Wir müssen mehr arbeiten!
- Sozialhilfe darf nicht zu hoch sein!

Leistung war der zentrale Begriff des zweiten Diskussionsblockes. Die Einkommensunterschiede sind unerträglich groß geworden, das war unstrittig. Darum herum stellen sich viele komplizierte Fragen: Nach nachhaltigem Konsum, Roboterarbeit und KI, Strukturbrüchen über Staatsgrenzen hinweg, Steuern und allgemeiner Grundsicherung, Teilhabe, Verteilungsgerechtigkeit, und und.

Man könnte vor der Komplexität dieser Themen verzagen – oder sie immer wieder von verschiedenen Seiten beleuchten und an einzelnen Stellen ins Handeln kommen. Dank an Rudi für seine guten Anstöße!

Hans Martin Gündner



„Sprechen und Zuhören“ I – ein anderes gesellschaftliches Miteinander wird erlebbar

Die Themengruppe „Dialog und Abgrenzung“ mit Barbara Bürger und Andrea Nelson

Wann hast du zum letzten Mal das Gefühl gehabt, dass du deine Meinung frei und ganz in Ruhe aussprechen darfst und dir jemand wirklich zuhört?

In unserem Workshop auf der Jahrestagung haben wir das Dialogformat „Sprechen und Zuhören“ praktisch ausprobiert, wie es der Verein Mehr Demokratie e. V. seit mehreren Jahren in Deutschland und Österreich anbietet. Dabei werden kleine Gesprächsgruppen gebildet, in denen die Teilnehmer nacheinander sprechen dürfen, während die anderen nur zuhören. Alle haben die gleiche Redezeit, das Ganze in mehreren Runden. Es gibt keine Hierarchien und keine Diskussionen, stattdessen Vertrauen, Tiefe, Empathie und Entschleunigung.

„Ich konnte nach innen lauschen, besonders in der 2. und 3. Runde“, sagte eine Teilnehmerin danach. „Es ist wie eine Spirale“, „gemeinsam in die Tiefe zu gehen und gleichzeitig bei sich selbst bleiben zu können“, bemerkten andere Teilnehmer. „Ich neige dazu, anderen ins Wort zu fallen; das Format war dafür eine gute Übung.“ Und: „Das von den anderen Gesagte hat mir geholfen, andere Gedanken bei mir zu entdecken.“

Wirkliches Zuhören beginnt da, wo wir aufhören, innerlich schon die eigene Antwort vorzubereiten. Die Teilnehmer dieses Formats erleben genau das: Einander zuhören, ohne die eigene Haltung aufzugeben. Sie lernen verstehen, was den anderen bewegt, ohne seine Position zu teilen. Sie üben, auch mal Meinungen stehen zu lassen, die in ihnen Wider-

stand auslösen – offen zu bleiben und trotzdem wirklich zuzuhören.

Als Bürgerdialog – und auch in bestehenden Arbeitsgruppen – kann dieses Format unterstützen, Menschen bei Konfliktthemen in ein konstruktives Gespräch miteinander zu bringen. Die Teilnehmer machen die Erfahrung, dass ein demokratischer Austausch möglich ist, auch wenn man nicht einverstanden ist. Wo Menschen sich gehört fühlen und ihre Fragen und Probleme gemeinsam bewegen, wachsen Vertrauen und Zusammenhalt – aus Beziehungen, die Unterschiede aushalten und dabei den Kontakt nicht verlieren.

Willst du es selbst ausprobieren oder bei dir durchführen? → www.mehrdemokratie.de

Andrea Nelson

SPRE
& ZU
HÖREN

DAS DIALOGFORMAT VON MEHR DEMOKRATIE E. V.

Das Wichtigste am Sprechen: Zuhören.

Wer sich gehört fühlt, fühlt sich zugehörig. Überall in Deutschland, Österreich und der Schweiz öffnen Menschen mit Sprechen & Zuhören Räume, in denen einander wirklich begegnet wird, über Trennendes und Verbindendes hinweg.

Dabei sein

Selbst aktiv werden

Über uns

Medien

Presse

Bild: <https://www.sprechen-und-zuhoeren.org/>

„Sprechen und Zuhören“ II – und das schwierige Schweigen

Protokoll über die Arbeitsgruppe „Gewaltfreie Kommunikation“ mit Antje Reichert und Birgit Gündner

Mit acht Leuten sind wir zum Workshop „Gewaltfrei Kommunikation“ (GfK) zusammengekommen. Zu diesem Thema stellt Birgit die Methode „Sprechen und Zuhören“ vor. Anhand dieser Methode wollen wir intensiver und praktisch diese beiden Aspekte der GfK kennenlernen und ausprobieren.

Birgit stellt zu Beginn die Methode „Sprechen und Zuhören“ vor, bei der es grundsätzlich darum geht, Empathie zu zeigen. Für die Durchführung gilt u. a. der Grundsatz „Jeder sagt, was er braucht“. Dabei gilt für die sprechende Person, die eigenen Empfindungen, Erfahrungen, Sichtweisen zu einer vorgegebenen Frage zu schildern. Auf diese Frage muss nicht unbedingt geantwortet werden, sondern die Person, die das Wort hat und vier Minuten zum Reden hat, darf und kann auch dazu schweigen, muss dann auch, ebenso wie die Zuhörer, das Schweigen, evtl. bis zu den vorgegebenen vier Minuten, aushalten. Für die Zuhörer gilt in diesen vier Minuten, die Person, die das Wort hat, nicht zu unterbrechen, keine Rückfragen zu stellen und sich selbst zu beobachten.

Wir teilen uns in zwei Dreiergruppen auf mit jeweils einer Moderatorin, die auf Einhaltung der Regeln und Zeit achtet. In der ersten Runde haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der jeweiligen Gruppe die Frage zu beantworten: „Wie geht es mir, wenn ich rechte Parolen höre?“ Zu dieser Frage darf jeder und jede vier Minuten seine Empfindungen und Erfahrungen schildern. Eine Person redet, die anderen müssen oder dürfen zuhören. Die Frage wird dann ein zweites Mal gestellt,

die nächste Person darf antworten, und ein drittes Mal für die dritte Person der Gruppe gestellt.

In der zweiten Runde wird die Frage gestellt: „Was hilft mir in solchen Momenten?“ Wieder gibt es in den Gruppen drei Runden und damit für jede Person vier Minuten, um darauf zu antworten.

In der Abschlussphase diskutieren wir in der großen Runde die Fragen:

1. Wie hat die Methode auf mich gewirkt?
2. Welche Strategie ist mir wichtig, um in einer politischen Diskussion bei mir zu bleiben?

Auch zu diesen Fragen äußern sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wieder auf Grundlage der vorgestellten Methode.

Mit einer Reflexionsrunde zu den Fragen „Was habe ich mitgenommen und was war hilfreich?“ endet dieser Workshop. Eine wesentliche Erfahrung aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer ist wohl, dass das Schweigen eine große Herausforderung bedeutet, ein wichtiger Aspekt ist – und auch Übung erfordert.

Walter Mausolf



Versöhnung vor dem Hintergrund der Gewaltfreien Kommunikation

von Antje Reichert

Es gibt Worte, die größer klingen als wir selbst. „Versöhnung“ ist für mich so ein Wort. Es trägt etwas Helles in sich: ausgestreckte Hände, Tränen, ein Aufatmen nach langer Anspannung. Zugleich begegne ich diesem Wort mit Respekt. Für mich bedeutet Versöhnung, dem Geschehen Raum zu geben, Schmerz anzuerkennen und Wahrhaftigkeit zuzulassen.

Lange habe ich Versöhnung mit einem guten Ende verbunden: mit dem Moment, in dem beide Seiten verstehen, was geschehen ist, einander zuhören, Verantwortung übernehmen und vielleicht sagen können: Etwas ist heil geworden. Je länger ich mich mit Gewaltfreier Kommunikation beschäftige, desto mehr erlebe ich Versöhnung als Weg. Dieser Weg kann mit Schmerz, Widerstand, Wut oder dem Wunsch beginnen, gesehen und ernst genommen zu werden.

Für mich führt dieser Weg zunächst zu mir selbst. Ich versuche wahrzunehmen, was geschehen ist, was es in mir ausgelöst hat und welche Bedürfnisse unerfüllt geblieben sind. Selbstempathie gibt meinem Erleben Raum und hilft mir, Gefühle und Bedürfnisse zu würdigen. Sie unterstützt mich darin, zwischen dem Geschehen und meinen Deutungen zu unterscheiden und Wahlfreiheit zu gewinnen.

Den Menschen nicht auf sein Verhalten reduzieren

Wenn ich bei mir selbst etwas Halt finde, kann es möglich werden, den anderen Menschen wieder als Menschen wahrzunehmen. Dabei hilft mir die Unterscheidung zwischen Person und Verhalten.

Die Gewaltfreie Kommunikation ermöglicht, Verhalten klar zu benennen und zugleich daran festzuhalten, dass ein Mensch mehr ist als das, was er getan oder unterlassen hat. Ich kann wahrnehmen: Dieses Verhalten hatte schmerzhaft Folgen, hat Vertrauen erschüttert oder Sicherheit beeinträchtigt. Zugleich kann ich fragen, welche Bedürfnisse hinter dem Handeln standen.

Empathie richtet sich auf den Menschen und seine Bedürfnisse. Gleichzeitig schafft Klarheit über das Verhalten Raum für Grenzen, Schutz und Verantwortungsübernahme. So können Verständnis und ein entschiedenes Nein zu gewaltvollem Verhalten nebeneinander bestehen.

Manchmal brauche ich Zeit, Abstand oder Unterstützung, bevor Empathie möglich wird. Menschen, die Gewalt erfahren haben, entscheiden selbst, ob und wann sie sich den Bedürfnissen der gewaltausübenden Person zuwenden möchten.

Festgewordene innere Bilder können mich weiterhin an das Geschehene binden. Für mich kann Versöhnung dort beginnen, wo diese Bilder beweglicher werden und zugleich meine Fähigkeit zu Schutz und Wachsamkeit erhalten bleibt. Wenn ein Mensch gefährlich handelt, können Abstand und klare Grenzen lebensdienlich sein.

Versöhnung und Abstand können zusammengehören

Versöhnung bedeutet für mich nicht zwingend Wiederannäherung. Sie kann auch darin bestehen, die Menschlichkeit des anderen anzuerkennen und zugleich Abstand zu wählen. Schutzräume, klare Verein-

barungen oder das Ende einer Beziehung können dem Leben und der eigenen Würde dienen.

Für mich ist Versöhnung ein freiwilliger innerer Prozess. Menschen, die Gewalt erfahren haben, bestimmen selbst, ob und wie sie sich auf diesen Weg begeben. Auch ein dauerhaftes Nein, Distanz oder der Verzicht auf Wiederannäherung können Ausdruck von Selbstachtung und Schutz sein.

Diese Unterscheidung entlastet mich. Manche Beziehungen finden nicht zurück zu dem, was einmal war, weil Sicherheit, Vertrauen oder Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme fehlen. Trotzdem kann etwas in mir freier werden. Vielleicht kann die Wunde irgendwann ruhen, weil ich nicht mehr darum ringen muss, dass ihre Wirklichkeit anerkannt wird. Vielleicht kann ich das Geschehene als Teil meiner Geschichte anerkennen, ohne dass es mein Leben vollständig bestimmt.

Für mich liegt darin eine leise Form von Freiheit: die Möglichkeit, mich wieder stärker dem zuzuwenden, was heute lebendig ist, auch wenn eine Entschuldigung, Einsicht oder Wiedergutmachung ausgeblieben sind.

Gewalt wahrnehmen und die Verbindung zum Menschlichen bewahren

Ich glaube, Versöhnung braucht beides: Klarheit über das Geschehene und die Erinnerung daran, dass auch hinter gewaltvollen Handlungen menschliche Bedürfnisse stehen. Bedürfnisse sind menschlich; die Strategien, mit denen Menschen sie zu erfüllen versuchen, sind sehr unterschiedlich.



Die Frage nach Bedürfnissen kann Verstehen ermöglichen. Zugleich bleiben Erfahrungen, Machtverhältnisse, Ideologien, Ängste, Gewohnheiten und Entscheidungen bedeutsam für menschliches Handeln. Verantwortung umfasst deshalb auch die Bereitschaft, die Folgen des eigenen Handelns wahrzunehmen und, wo möglich, zur Wiedergutmachung beizutragen.

Wenn ich auf Krieg, Ausgrenzung, Demütigung, rassistische Strukturen, patriarchale Gewalt oder ökologische Zerstörung schaue, wird meine Fähigkeit zur Empathie manchmal klein. Dann spüre ich vor allem den Wunsch, dass Leid endet und Menschen geschützt werden.

Für mich zeigt sich Gewaltfreie Kommunikation gerade darin, Gewalt klar wahr-

zunehmen, Schutz zu unterstützen und zugleich die Menschlichkeit aller Beteiligten im Blick zu behalten. Für Gerechtigkeit einzustehen und dabei Menschen nicht aus der Gemeinschaft des Menschlichen auszuschließen, ist für mich eine anspruchsvolle politische und spirituelle Übung.

Ich merke, wie schnell ich Zugehörigkeit durch Abgrenzung suche und wie entlastend es sein kann, mich auf der „richtigen“ Seite zu wissen. Wenn ich das bemerke, frage ich mich: Was brauche ich gerade so dringend, dass ich den anderen Menschen kaum noch sehen kann? Viel-

leicht Sicherheit, Sinn, Gemeinschaft, Wirksamkeit oder die Gewissheit, nicht ohnmächtig zu sein.

Wenn ich mit diesen Bedürfnissen in Verbindung komme, kann sich mein innerer Ort verändern. Mein Nein zu Gewalt und meine Bereitschaft, Schutz einzufordern, bleiben bestehen. Gleichzeitig kann ich stärker aus der Verbindung mit dem Handeln, was mir kostbar ist.

Vielleicht ist Versöhnung ein Weiterwerden: ein Raum, in dem Schmerz, Verantwortung, Trauer, Grenze, Liebe und Menschlichkeit zugleich da sein dürfen.

Eine Friedensbewegung, die Konflikte nicht fürchtet

Ich wünsche mir eine Friedensbewegung, die solche Räume nicht nur nach außen, sondern auch nach innen kultiviert: in Gruppen, Bündnissen, Familien, Freundschaften und politischen Auseinandersetzungen. Eine

Bewegung, die Konflikte als Orte versteht, an denen wir Wahrhaftigkeit, Verbindung und Schutz miteinander in Einklang bringen.

Für mich beginnt die eigentliche Übung dort, wo mein Nervensystem starke Anspannung zeigt und ich dennoch nach einem kleinen Maß an Wahlfreiheit suche: nach einem Atemzug zwischen Auslöser und Antwort, nach einer ehrlichen Bitte, nach einem klaren Nein ohne Abwertung, nach einem Zuhören, das mit mir selbst verbunden bleibt, und nach einer Grenze, die dem Leben dient.

So betrachtet ist Versöhnung nichts Fernes. Sie beginnt mitten im Alltag: in dem Gespräch, das ich vermeide, in der Entschuldigung, die ich noch nicht aussprechen kann, in der Bitterkeit, die mir zeigt, dass etwas noch Würdigung oder Trauer braucht, und in der Sehnsucht, die unter meinem Ärger liegt.

Vielleicht beginnt sie mit einer leisen Ausrichtung, die zunächst niemand sieht: mit dem Wunsch, dass erlebte Gewalt in mir immer weniger als Selbstabwertung, Verhärtung oder festgeschriebenes Bild vom anderen Menschen weiterwirkt. Ob und wann mir das gelingt, liegt nicht vollständig in meiner Hand.

Ich sehne mich nach einem Frieden, der wahrhaftig ist: einem Frieden, der Tränen Raum gibt, Grenzen achtet, Schutz ermöglicht, Verantwortung stärkt und Wiedergutmachung unterstützt. Nach einem Frieden, der das Menschliche sucht, gerade dort, wo es schwer zugänglich geworden ist.

Vielleicht ist Versöhnung kein Zustand, den wir erreichen, sondern eine Richtung, in die wir uns wenden. Immer wieder, tastend, unvollkommen, manchmal widerwillig und manchmal mit offenem Herzen. Und vielleicht genügt es für heute, diese Richtung nicht zu verlieren.



Diesem Bild von Rezső Terbe, <https://pixabay.com/photos/red-deer-deer-wild-nature-forest-8384979/>, hat der Fotograf u. a. auch das Schlagwort „Reconciliation“ (Versöhnung) gegeben.



Impulse aus der Jahrestagung werden weiter bearbeitet

Erstes Treffen des neu gewählten Vorstands Mitte Juli in Mainz

Mitte Juli hat sich der neu gewählte Vorstand zusammen mit unserem Friedensbeauftragten Clemens Ronnefeldt und Karin Weise als Vertreterin der Geschäftsstelle in Mainz getroffen. Je nach Gelegenheit treffen wir uns in der Wohnung von Vorstandsmitgliedern – diesmal bei Beate Körsgen – oder in einer Tagungsstätte – meist eine Jugendherberge. In einer Privatwohnung haben wir zwar mehr Aufwand, z. B. für Frühstück richten, abräumen und spülen, aber durch die gemeinsame Küchenarbeit entsteht auch eine andere Atmosphäre des Zusammenseins.

Rückblick auf die Vorstandsarbeit der letzten zwei Jahre

Dieses erste Treffen gab Anlass zu einem kurzen Rückblick auf die letzten zwei Jahre. Die weitaus meisten der 2024 gewählten Vorstandsmitglieder hatten überhaupt nicht vor, für den Vorstand zu kandidieren, waren aber dann kurzfristig dazu bereit, weil sie die Notwendigkeit gesehen hatten.

Dieser Antrieb hat weiter gewirkt: Die Schwangerschaft von Diana Ludwig hat es notwendig gemacht, dass wir über die zukünftige Besetzung der Geschäftsstelle beraten haben. Mit großer Übereinstimmung aller Vorstandsmitglieder hat sich daraus die jetzige Besetzung entwickelt: Zwei gleichgestellte Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle berichten direkt an den Vorstand.

Auch die Planung der Jahrestagungen, die den größten Teil der Vorstandsarbeit ausmacht, folgt der Notwendigkeit, die vielen Vorschläge und Anregungen zu einem konsistenten Programm zusammenzustellen.

Unser Verständnis von den Aufgaben des Vorstands, das wir im Juli 2024 formuliert und in der Versöhnung 3/2024 berichtet haben, haben wir bekräftigt:

Der Versöhnungsbund arbeitet vor allem durch seine Mitglieder an der Basis. Aufgabe des Vorstands ist daher hauptsächlich, sich um die organisatorisch-strukturellen Abläufe im Verein zu kümmern und Kommunikationsräume zu schaffen. Die Jahrestagungen und auch sonstige Tagungen sind dafür ganz wichtig.

Rückblick auf die vergangene Jahrestagung

Wir nehmen uns vor, uns auf der nächsten Jahrestagung öfter informell zu treffen, z. B. beim gemeinsamen Mittagessen. Die Themengruppen wollen wir noch besser wahrnehmen.

Von den Treffen der Jugend (Jugendforum, Teenieforum und Jugendrat) haben wir auf Nachfrage keine konkreten Informationen über weitere Planungen bekommen. Bis zu unserem nächsten Treffen wollen wir noch mehr Beteiligte fragen.

Ablauf der Mitgliederversammlung

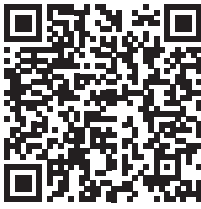
Aus unterschiedlichen Rückmeldungen wollen wir uns mit der Mitgliederversammlung insgesamt beschäftigen, nicht nur mit der Frage, wie über Anträge entschieden werden soll. Einige Mitglieder bleiben der Mitgliederversammlung fern, weil für das letztlich erreichte Ergebnis viel zu viel Zeit aufgewendet wird. Es wird auch von am Versöhnungsbund Interessierten berichtet, die nach dem Besuch der Mitgliederversammlung ihr Interesse an einer Mitgliedschaft wieder verloren haben.

Wir sammeln Anforderungen und Anregungen:

- Wir wollen keinen Zeitdruck haben (eine Nacht drüber schlafen wird bei wichtigen Entscheidungen immer geraten).
- Um eine Formulierung zu finden, der alle zustimmen können, brauchen nicht alle Teilnehmer*innen der MV mitarbeiten.
- Aus einem Antrag muss hervorgehen, was damit erreicht werden soll, welches Problem er löst und was es schadet, wenn der Antrag nicht angenommen würde.
- Wir brauchen eine transparente Zeitstruktur. X Minuten für jeden Antrag – reicht die Zeit nicht aus, wird der Antrag zurückgestellt.
- Generell keine Anträge mehr zur Geschäftsordnung.
- Vorliegende Anträge schon Donnerstag behandeln.
- Die Mitglieder anhalten, nicht bis Samstag 18 Uhr zu warten.
- Die Einmütigkeit muss sichtbar sein.
- Kein Veto.
- Vorstand ist in der Antragskommission vertreten.
- Zeit für MV wird nicht verlängert.
- Wertschätzender Umgang mit der Moderation.
- Zeitpunkt der MV nach dem Fest am Samstag ist ungünstig (viele hatten nur eine kurze Nacht).
- Knifflige Anträge zurückstellen zugunsten anderer Anträge.

Zur Entscheidungsfindung hat die Werkstatt für Gewaltfreie Aktion 2004 das Buch Konsens – Handbuch zur gewaltfreien Entscheidungsfindung herausgegeben. Das Buch ist vergriffen und wird deswegen von

der Werkstatt
kostenlos zum
Download als
PDF zur Ver-
fügung ge-
stellt:



Online-Treffen mit einigen Antragsteller*innen des Antrags „Die Mitgliederversammlung braucht mehr Zeit!“ (Versöhnung 2/2026, S. 14f)

Wir haben erwartet, dass wir mit unseren Beratungen von diesem Antrag abweichen und haben deswegen die Antragsteller*innen eingeladen, sich für einen Austausch online zuzuschalten. Aus dem Austausch mit Maike Kramer und Barbara Bürger ergaben sich noch weitere Punkte im Zusammenhang mit der neu gegründeten Arbeitsgruppe „Struktur und Zusammenarbeit (S&Z)“.

Wir hatten unterschiedliche Erinnerungen an den Status des Antrags dieser Gruppe und haben klargestellt:

Die AG S&Z hat den Auftrag, sich insbesondere mit folgenden Fragen zu beschäftigen:

- Was sind die Zuständigkeiten der verschiedenen Organe und Funktionseinheiten des VB?
- Wie können Zusammenarbeit und Informationsfluss verbessert werden?
- Wie sollen Willensbildung und Entscheidungsfindung erfolgen?
- Was folgt daraus für die Gestaltung der MV?

Die AG S&Z wird beauftragt, die Fragestellungen zu präzisieren und zu bearbeiten.

Die oben genannten Punkte zum Ablauf der Mitgliederversammlung hängen eng mit diesem Auftrag an die AG S&Z zusammen. Manfred Werner hat sich schon mit dem oben ge-

nannten Buch und der Konsensfindung beschäftigt und wird die AG S&Z zu diesem Thema unterstützen.

Stand der Befragung zur Diskriminierungserfahrung

Die Rückläufer der Fragebögen sind inhaltlich sehr unterschiedlich. Bis zur kommenden Jahrestagung wird es eine Auswertung geben.

Ausblick Jahrestagung 2027

Zu dem Vorbereitungstreffens am 5. Sept. soll das Thema zumindest als Arbeitstitel feststehen. Aus den vorliegenden Vorschlägen haben wir uns für

„Wer sind wir, wenn andere aufrüsten? Gewaltfreiheit, Pazifismus und ziviler Widerstand. Der Versöhnungsbund als Modell“

entschieden.

Für den Samstagabend haben wir wieder eine Musikgruppe mit Musik zum Tanzen engagiert, weil sich Junge (und Junggebliebene) lieber zu Musik bewegen als still zuzuhören. Nach dem Auftritt der Gruppe findet sich vielleicht noch ein Diskjockey zur weiteren Unterhaltung.

Die Vergütungsrichtlinien für Beiträge zur Jahrestagung haben wir schon bei unserem letzten Treffen in Freiburg aufgestellt. Ergänzt haben wir, dass Mitglieder, die Arbeits- oder Themengruppen leiten, weder Honorar noch beitragsfreie Teilnahme an der Jahrestagung bekommen. Wir wollen nicht auf der einen Seite Beitragserhöhungen planen und aus diesen Beiträgen dann unsere eigenen Mitglieder bezahlen.

Nur Mitarbeitende im Raum- und Technikteam brauchen nichts zu bezahlen, da sie am Programm der Jahrestagung nur sehr eingeschränkt teilnehmen können.

Anträge aus der Mitgliederversammlung

In der Mitgliederversammlung konnten nicht alle Anträge abschließend behandelt werden und wurden jetzt von uns weiter bearbeitet und zum größten Teil abgeschlossen.

Pressemitteilung über die Distanzierung im VB von allen politischen Bestrebungen und Parteien, die die Menschenwürde und die Rechtsstaatlichkeit in Deutschland in Frage stellen und angreifen – (Peter Heim)

Der geschäftsführende Vorstand hat der Pressemitteilung zugestimmt, aber ohne die Behauptung, eine Mitgliedschaft im Versöhnungsbund sei mit der Unterstützung und Mitgliedschaft in solchen Parteien wie z. B. der AfD unvereinbar. Dieser Satz müsste von der Mitgliederversammlung diskutiert und beschlossen werden.

Antrag auf Erhöhung des Richtwertes des Jahresbeitrages auf 150.- EUR und Beibehaltung des Geringverdiener-Beitrags bei 60 EUR (Hanno Paul)

Auf der kommenden MV werden wir einen Antrag auf Erhöhung des Beitrages stellen. Ein weiterer Grund für eine Beitragserhöhung ist, dass es durch die steigenden Lebenshaltungskosten immer mehr Personen gibt, die sich auch den ermäßigten Beitrag nicht leisten können. Wir wollen diese Menschen trotzdem als Mitglieder behalten und stellen sie daher befristet beitragsfrei. Aktuell sind 73 Personen (10% der Mitglieder) beitragsfrei, davon 45 Personen über 60 Jahre.

Eventuell könnten wir neben dem Normalbeitrag auch noch einen Solidaritätsbeitrag nennen.



Antrag auf Sicherstellung der Gehälter der Mitarbeitenden durch Dynamisierung der Mitgliedsbeiträge – (Michael Heiser)

Eine Dynamisierung halten wir für ziemlich aufwändig (regelmäßige Änderung der Einzugsermächtigungen bzw. Daueraufträge). Außerdem sind auch heute schon die Gehälter nicht vollständig durch die Mitgliedsbeiträge gedeckt.

Wir wollen nach alternativen Lösungen zur Sicherstellung der Gehälter suchen:

- Patenschaften suchen für Personen, die beitragsfrei gestellt sind.
- Eine Arbeitsgruppe einsetzen, die sich mit der Sicherstellung der Gehälter beschäftigt. Wer Interesse an einer Mitarbeit hat, darf sich gerne in der Geschäftsstelle melden.

Antrag auf Aufhebung der Fixierung der Jahrestagung auf Christi Himmelfahrt, um mehr Flexibilität in der Standortauswahl und Eignung zu bekommen. (Nikolaus Weitzel)

Wir wollen bei unserer langjährigen Tradition des Termins um Christi Himmelfahrt bleiben.

Die Auswahl an Tagungshäusern ist kaum durch den Termin, sondern im Wesentlichen durch unsere Anforderungen begrenzt: Anzahl an Betten (mit ausreichend Ein- und Zweibettzimmern), Anzahl an Tagungsräumen für Plenum und Arbeitsgruppen, und das Ganze nicht wesentlich teurer als die aktuellen Tagungsstätten. Hinweise auf weitere Tagungshäuser nimmt die Geschäftsstelle gerne entgegen.

Wir bitten die Antragstellerin um einen Formulierungsvorschlag.

Antrag über eine Erklärung des VB gegen die weitere Aushöhlung der Grundrechte für geflüchtete Menschen in Deutschland und Europa (Sophia Bohrloch)

Wir bitten die Antragstellerin um einen Formulierungsvorschlag.

Öffentlichkeitsarbeit

Aktuell ist der Versöhnungsbund über die folgenden Medien öffentlich wahrnehmbar:

Gedruckte Medien:

- Unser Rundbrief „Versöhnung“ erscheint 4-mal im Jahr mit umfangreichen Berichten aus unserer Arbeit. Das soll auch so bleiben.
- Dazwischen versenden wir noch 4 Spendenbriefe. Die Anzahl wollen wir reduzieren. Sinnvoll erscheint uns ein Begleitbrief zu den Zuwendungsbestätigungen, die Anfang des Jahres verschickt werden. Auch die Spendenbriefe zum Friedens-



referat und gegen Jahresende werden weiterhin erscheinen. Der Spendenbrief kurz vor der Jahrestagung soll entfallen.

- Von unserem Faltblatt haben wir nur noch 400 Stück. Eine Redaktionsgruppe wird sich um ein Neuauftrag kümmern.

Digitale Medien:

Unsere Homepage wird neu gestaltet. Die zuständige Arbeitsgruppe berichtet von guten Fortschritten, kann aber noch keinen Veröffentlichungstermin nennen.

Diese Arbeitsgruppe wird auch die spätere Pflege der Homepage übernehmen.

Die auf der Homepage genannten Kontaktmöglichkeiten sollen stark reduziert werden. Das Internet ist weltweit sichtbar und bietet viel Futter für Crawler (Duden: „zum Durchsuchen von Websites u. Ä. verwendetes Computerprogramm“), die aus den gefundenen Informationen Listen von E-Mail-Adressen und Telefonnummern zusammenstellen. Damit können dann nicht nur Spam-Mails sondern auch betrügerische E-Mails verschickt werden.

Das digitale Programm der Jahrestagung bietet auch die Möglichkeit, nach der Tagung Berichte einzustellen. Diese Möglichkeit wurde bisher kaum genutzt und braucht nicht mehr bedient zu werden. Berichte sollen auf jeden Fall in der Versöhnung erscheinen.

Facebook und Instagram werden durch ein Team um Antje Reichert (Hanne Adams, Sophia Morad) sehr gut gepflegt.

Aus der Mitgliederversammlung 2025 ist noch der Antrag offen, bei der Auswahl solcher Kommunikationsplattformen bewusst darauf zu



Abschied von Clemens Ronnefeldt auf der Jahrestagung

achten, dass diese dem Wertekatalog des VB nicht widersprechen oder zuwiderlaufen. (Hansjörg Tarantik) Das Social-Media-Team wird den Antrag weiter bearbeiten und über das Ergebnis berichten.

IFOR + EUFOR

Vom 5. bis 12. November 2026 treffen sich die IFOR-Mitglieder in Strasbourg. Einige Vorstandsmitglieder werden den deutschen Zweig dort vertreten. Das Treffen ist offen für alle Mitglieder. Strasbourg ist einfach zu erreichen, das Treffen wäre eine gute Gelegenheit, IFOR besser kennenzulernen.

Vorgehen für Petitionen, Aufrufe zu Aktionen, Resolutionen

Über die Geschäftsstelle bekommen wir immer wieder Aufrufe, Petitionen und Resolutionen zu unterzeichnen oder uns an Aktionen zu beteiligen. Etwas als Versöhnungsbund zu unterzeichnen macht in den meisten Fällen wenig Sinn. Wirksamer ist eine Weitergabe an Mitglieder und Interessierte, am einfachsten über den Newsletter.

Einige Anfragen behandeln wir beispielhaft und werden bestätigt, dass vieles von Fall zu Fall entschieden werden muss.

Die Anregung aus der letzten Jahrestagung, eine Liste solcher Aufrufe zu führen, haben wir schon umgesetzt.

Im Rückblick auf unser Treffen

stellen wir fest, dass wir in guter konstruktiver Atmosphäre viele laufende Aktionen im VB begleiten und einige Impulse zur weiteren Arbeit beigetragen haben, und freuen uns auf die nächsten Treffen: Vorbereitung der Jahrestagung am 5. Sept. – offen für alle! – und das nächste Treffen des Vorstands Ende September.

Erklärung des Internationalen Versöhnungsbundes – Deutscher Zweig e. V.

Ein Meinungsbild brachte in der Mitgliederversammlung eine fast einstimmige Zustimmung zu dieser Erklärung. Eine formelle Schlussabstimmung konnte nicht mehr durchgeführt werden. Der geschäftsführende Vorstand hat der Pressemitteilung später zugestimmt.

Duderstadt, den 17. Mai 2026

Unter dem Titel „Menschenwürde und Rechtsstaatlichkeit verteidigen – gewaltfrei gegen Rechts“ traf sich der Internationale Versöhnungsbund – Deutscher Zweig vom 14.–17. Mai in Duderstadt zu seiner jährlichen Jahrestagung und Mitgliederversammlung und legt folgende Erklärung vor:

„Der VB distanziert sich von allen politischen Bestrebungen und Parteien, die die Menschenwürde und die Rechtsstaatlichkeit in Deutschland in Frage stellen und angreifen.

Der VB setzt sich gegen deren autoritären und völkisch-nationalistischen Kulturkampf gewaltfrei zur Wehr.

~~Die Unterstützung und Mitgliedschaft in Parteien, die diese Ziele verfolgen, wie z. B. der AfD, sind mit einer Mitgliedschaft im Versöhnungsbund unvereinbar.~~

Der VB setzt sich positiv ein für die im Grundgesetz Artikel 1 – 20 niedergelegten Menschenrechte, für die Würde jedes einzelnen Menschen und die Elemente der Gewaltenbeschränkung.

Der VB unterstützt und verteidigt rechtsstaatliche Institutionen, da wo sie ihre Aufgabe als Schutzmacht für die gleiche Würde und die Freiheit aller Menschen erfüllen. Da, wo sie diese Aufgabe nicht erfüllen, gilt es zu widerstehen.

Er sieht sich in der Tradition derjenigen, die gegen den deutschen Faschismus kämpften, der in seiner schlimmsten Ausformung in den Konzentrationslagern Millionen von Menschen ihre Würde und ihr Leben nahm und der in seinem Ausmaß in der Geschichte bisher einmalig geblieben ist.“





Rückblick auf 35 Jahre als Referent für Friedensfragen beim Versöhnungsbund

Von Clemens Ronnefeldt

Kaum hatte ich 1986 mein Studium in Mainz und Frankfurt beendet und parallel eine Ausbildung zur Friedensarbeit am Freundschaftsheim

Bükeburg abgeschlossen, wurde ich zum Vorsitzenden der katholischen Friedensbewegung pax christi im Bistum Mainz gewählt.

Als 1990 der irakische Diktator Saddam Hussein Kuwait besetzen ließ, gründete ich zusammen mit anderen Friedensaktivisten die „Initiative Frieden am Golf“. Mit einer ersten Delegation reisten wir im November 1990 nach Bagdad, brachten u. a. Medikamente in das Sankt-Raphael-Hospital, besuchten den Bischof der chaldäischen Kirche – und machten bei einer Pressekonferenz in Bagdad deutlich, dass wir den bevorstehenden Krieg, der dann im Januar 1991 begonnen wurde, wegen seiner enormen Folgen für Menschen und Umwelt ablehnten. Unsere Hoffnung, einen Spalt für eine diplomatische Lösung zu öffnen, erfüllte sich nicht. In Deutschland berichtete ich 1991 in Radio- und TV-Sendungen sowie bei vielen Veranstaltungen über unsere Erfahrungen und Begegnungen im Irak.

Vor diesem Hintergrund fragte mich mein Vorgänger beim Versöhnungsbund, Richard Ackva, den ich beim Studium in Frankfurt kennen gelernt hatte, ob ich mich als Referent für Friedensfragen beim Versöhnungsbund bewerben möchte. Ich brauchte nicht lange überlegen, da diese

Anfrage mir die Chance bot, meine Berufung – die Suche nach Gerechtigkeit und Frieden – zum Beruf zu machen. Im Herbst 1991 unterzeichnete ich mit Pastor Konrad Lübbert den Arbeitsvertrag und nahm an meiner ersten Vorstandssitzung in Hannover teil.

Am 1.1.1992 begann meine Tätigkeit beim VB – und ich konnte mir nicht vorstellen, was in den nächsten 35 Jahren folgen würde: 18 verschiedene VB-Vorstände. Sechs Vorsitzende: Konrad Lübbert, Ullrich Hahn, Matthias Engelke, Berthold Keunecke, Annette Nauwerth, Rudi Mehl. Sieben Geschäftsführer*innen: Uli Stadtmann, Kurt Südmersen, Holger Klee, Mirjam Mahler, Clemens Holz, Daniela Pastoors, Diana Ludwig. Vier Sekretärinnen: Dolly Lüdemann, Maria-Elisabeth Scharinger, Marion Fröhning, Karin Weise. Mit Uli Sonn ein Kollege und mit Marion Küpker eine Kollegin, zusätzlich etliche Praktikant*innen, die im Laufe der vielen Jahre Erfahrungen bei mir sammeln wollten.

Diese 35 Jahre hatten 4 Arbeitsphasen:

1.) 1992–2001: Konversion und Ex-Jugoslawien

Seit 1986 lebte ich im Hunsrück in der Nähe der Cruise-Missile-Raketensstation Hasselbach und unterstützte die dortige Friedensarbeit. Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes wurden zahlreiche militärische Liegenschaften frei – und ich gründete als eine meiner ersten Tätigkeiten beim Versöhnungsbund einen Arbeitskreis Konversion. Wir schrieben Unternehmen an, um sie für Investitionen auf diesen Militärstützpunkten zu werben.

Eine Veranstaltungsreihe zum Thema „Dauerhafte Energiequellen – Umweltentlastung und Arbeitsplätze für den Hunsrück“ führte zur Aufstellung der ersten großen Windkraftanlage im Hunsrück, zu Solaranlagen und einem vermehrten Interesse an Biogas und Kraft-Wärme-Kopplung.

1992 eskalierte in Jugoslawien der Krieg – und ich reiste Ende des Jahres in die Nähe von Osijek in Kroatien, um dort in einem Zeltlager für rund 5000 Kriegsflüchtlinge zu arbeiten.

Durch die Aufnahme einer bosnischen Familie in unserem Haus lernte ich serbo-kroatisch und vertiefte die Sprache durch einen 6-Wochen-Intensivkurs bei der Arbeitsgemeinschaft Entwicklungshilfe (AGEH) in Köln. Diese Voraussetzung half mir, von 1994 bis 2001 im Sommer für drei oder vier Wochen Zivildienstleistende aus den Diözesen Trier, Limburg, Mainz und Speyer zusammen mit meinem Kollegen Alois Bauer im Rahmen der Zivildienstseelsorge bei Einsätzen in Flüchtlingslagern in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Serbien vorzubereiten und zu begleiten. Nachdem deutsche Kampfflugzeuge in Serbien 1999 im Rahmen des Kosovo-Jugoslawienkrieges mitbombardiert hatten, bekam unser Einsatz für Geflüchtete in Serbien vor diesen Bomben eine besondere politische Brisanz.

Cima Zdenac konnte ich im Rahmen ihrer Ausbildung zur Zivilen Friedensfachkraft in Deutschland begleiten und ihr nach ihrer Rückkehr einen Arbeitsplatz in Bosnien-Herzegowina über UNDP in Sarajewo vermitteln. Bis heute arbeitet sie für die NGO „Wege des Friedens“ in Sanski Most.



2001 entschloss ich mich, bereits veröffentlichte Artikel und Analysen in einem Buch zusammenzufassen: „Die neue Nato, Irak und Jugoslawien“ erschien in zwei Auflagen.

2.) 2002–2019: Westasien und Friedenskonferenz

Nach der Schließung von Flüchtlingslagern auf dem Balkan und dem Auslaufen des Zivildienstes in Deutschland bekam ich 2002 von Dr. Hildgard Goss-Mayr, der Ehrenvorsitzenden des Internationalen Versöhnungsbundes aus Wien, die Einladung, im Rahmen einer Delegation des Internationalen Versöhnungsbundes mit sechs Mitgliedern aus sechs Ländern nach Israel und Palästina zu reisen. Es war April 2002, Höhepunkt der zweiten Intifada, arab.: abschüteln (der Besatzung). Wir besuchten den Patriarchen von Jerusalem, Michel Sabbah, der als Mediator zwischen palästinensischen Kämpfern, die sich in der Geburtskirche in Jerusalem verschanzt hatten und der israelischen Armee, die die Geburtskirche belagerte, den Abzug der Palästinenser ohne deren Tötung durch israelische Soldaten beim Verlassen der Kirche vermitteln konnte.

Mehrere Besuche waren wegen der extrem gefährlichen Situation nicht möglich. Am jüdischen Wochenmarkt in Jerusalem hörten wir den Knall, als sich ein Palästinenser in die Luft sprengte und jüdische Menschen mit in den Tod riss. Wir sahen, wie die ersten Fundamente für den Bau der Mauer zwischen Jerusalem und Bethlehem ausgegraben wurden – und mir wurde klar, was das für die nächsten Jahre bedeuten würde. Ich fragte mich bereits damals, warum die Besatzung nicht durch internationalen Druck beendet wird, die so viel Leid im Westjordanland und im Gazastreifen mit sich brachte – und warb nach 2003 für die „Genfer In-

itiative“ im Rahmen einer Zweistaatenlösung mit Gebietstausch.

2003 wurde ich zusammen mit Christoph Bautz (Campact) Pressesprecher der Kampagne „Resist: Sich dem Irak-Krieg widersetzen“. Wir organisierten Kundgebungen an der Airbase Frankfurt, von wo die US-Kampfbomber nach Irak starteten und gaben unzählige Interviews.

Von 2004 bis 2019 reiste ich danach einmal im Jahr in die Region Westasien zu Friedens- und Menschenrechtsgruppen in Israel und Palästina, Libanon, Türkei, Syrien, Jordanien, Iran und Ägypten – und berichtete im gesamten deutschsprachigen Raum über meine Erlebnisse und die Arbeit dieser Gruppen in Kirchengemeinden, Friedensgruppen, Volkshochschulen, Akademien und Universitäten.

2011 moderierte ich zusammen mit Andreas Zumach in der evangelischen Akademie Bad Boll eine Modellkonferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in der Region Westasien mit rund 30 Teilnehmenden aus NGOs aus acht verschiedenen Ländern. Nachdem alle ihre Arbeit vorgestellt hatten, bildeten wir länderübergreifende Querschnittsgruppen zu den Themen Interreligiöser Dialog, Friedenserziehung, Wasser und Ressourcen sowie für eine massenvernichtungswaffenfreie Zone.

Von 2006 bis 2019 moderierte ich das Internationale Forum der Internationalen Münchner Friedenskonferenz, die jedes Jahr parallel zur Münchner Sicherheitskonferenz zivile Alternativen zu Aufrüstung und Krieg vorstellt. Dabei lernte ich u. a. Johan Galtung, Hanne-Margret Birckenbach, Hans-Peter Dürr, die Kulturministerin von Mali, Dr. Aminata Traore oder den ehemaligen Außenminister von Costa Rica, Bernd Niehaus kennen, der berichtete, welche Vorteile es einem Land bringt, wenn

es kein Geld für Rüstung und Militär ausgibt.

Ich empfand es als Ehre und Privileg, von vielen Persönlichkeiten lernen zu können, die über enorme Erfahrungen mit ziviler Konfliktbearbeitung berichteten.

3.) 2019–2021: Transparenz TV-Sendungen

Kurz vor der Coronakrise bekam ich aus Berlin die Anfrage, ob ich neben Dr. Franz Alt, der bei „Transparenz TV“ den Bereich Ökologie mit einer Interviewreihe abdeckte, eine eigene Sendereihe „Friedensfragen mit Clemens Ronnefeldt“ starten möchte. Nach Rücksprache mit dem VB-Vorstand startete von Anfang Januar 2019 bis Ende 2021 eine dreijährige intensive Arbeitsphase, in der 135 Interviews entstanden, die alle bei youtube unter dem Stichwort „Friedensfragen mit Clemens Ronnefeldt“ oder auch auf der Seite von Transparenz TV dauerhaft abrufbar sind. Diese Reihe bot mir die Chance, Expertinnen und Experten zu einem breiten Spektrum von Friedensthemen einzuladen, das weit über die bis dahin von mir bearbeiteten Themen hinausging.

Die Vorbereitung der Sendungen sowie die Antworten meiner Gäste empfand ich teilweise als eigene Fortbildung. Rückblickend bin ich sehr dankbar, diese Herausforderung angenommen zu haben, auch wenn sie mit einem großen Arbeitspensum und vielen Bahnfahrten zwischen Freising und Berlin verbunden war. Parallel kündigte ich die Sendungen über meinen Newsletter an, über den ich bereits zuvor viele Friedensinteressierte jede Woche mit einer Pressechau versorgte.

4.) 2022–2026: Ukraine, Israel, Palästina, Iran

Meine Hoffnung, dass nach drei intensiven Jahren der Interviewreihe



„Friedensfragen“ bei Transparenz TV wieder eine etwas ruhigere Zeit mit Vorträgen zu meinen thematischen Schwerpunkten beginnen würde, erfüllte sich nicht. Mit dem 24.2.2022 begann auch für mich eine neue Zeit, in der ich mich intensiv mit den Ursachen des Ukraine-Krieges sowie möglichen diplomatischen Lösungen beschäftigt habe und dazu Vorträge hielt. Parallel unterstützte ich meine Kollegin Anna Turkolova in der Ukraine bei Traumaseminaren, für die sie erfahrene Therapeuten gefunden hat.

Der 7.10.2023, der Überfall von Hamas- und anderen palästinensischen Kämpfern auf Israel und der folgende Gazakrieg führten unter anderem dazu, dass ich zur Fortbildung von Lehrkräften an Schulen angefragt wurde, weil viele Lehrkräfte mit Fragen der Schülerschaft überfordert waren.

Der immer noch seit dem 28.2.2020 andauernde Iran-Krieg weckte Erinnerungen an meine Iran-Reise, un-

seren Besuch bei der jüdischen Gemeinde in Teheran sowie beim Bischof der armenischen Kirche in Esfahan – und führte ebenfalls zu etlichen Vorträgen, oft in Kombination mit dem Thema Israel und Palästina.

In den letzten vier Jahren meldeten sich viele weitere Friedensinteressierte, die um die Aufnahme in meinen Newsletter-Verteiler gebeten haben. Jede Woche versende ich mir wichtig erscheinende internationale Artikel sowie Handlungsmöglichkeiten wie Petitionen, Kundgebungen, Demonstrationen oder Buchhinweise an Friedensinteressierte – und werde dies auch weiterhin bis zum 1. Juli 2027 als „Aktiv-Rentner“ tun.

Fazit

Dass mein Engagement auch außerhalb des Versöhnungsbundes wahrgenommen und gewürdigt wurde, durfte ich vielfach erfahren, u. a. bei der Verleihung des Fritz-Bauer-Preises 2001 durch die Humanistische Union, 2016 bei der Verleihung des Pe-

ter-Becker-Preises für Friedens- und Konfliktforschung durch die Präsidentin der Universität Marburg, bei der Verleihung des Kirchheimbolander Friedensstagepreises 2020 sowie des Internationalen Bremer Friedenspreises 2021, verliehen durch die Stiftung „Die Schwelle“ für meinen Einsatz für Gerechtigkeit und Frieden.

Was mir Kraft und Mut gegeben hat, waren die unzähligen Begegnungen mit Menschen, die zum Teil unter Lebensgefahr in Diktaturen mutig ihre Stimme erhoben haben, ebenso Menschen wie Andreas Buro, Christine Schweitzer, Andreas Zumach oder Hildegard Goss-Mayr, sowie meine Kolleginnen und Kollegen in anderen Zweigen des Internationalen Versöhnungsbundes, mit denen ich u. a. auf Friedendelegationsreisen war.

Mein großer Dank gilt allen Vorständen und Vorsitzenden, die mit unglaublichem Engagement ehrenamtlich meine Arbeit ermöglicht haben, ebenso meinen Kolleginnen und Kollegen insbesondere in der Geschäftsstelle in Minden. Für meine 35 Jahre beim Versöhnungsbund empfinde ich tiefe Dankbarkeit.

Karin überreicht Clemens ein Abschiedsgeschenk



Neuer Friedensreferent im Versöhnungsbund

**Kevin Kaisig übernimmt
Nachfolge von Clemens
Ronnefeldt**

Kevin Kaisig ist Politikwissenschaftler mit Schwerpunkt Internationale Beziehungen und ab 1.9.2026 Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes. Parallel schließt er seine Promotion im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Granada ab. In diesem Zusammenhang hat er bei Aufenthalten in Indien und Kolumbien zu sozialen Bewegungen geforscht, die sich gewaltfrei für Frieden und soziale Gerechtigkeit einsetzen – und auch in Gewaltkontexten Räume für Dialog schaffen.



Zu seinen Themenschwerpunkten gehören die Überwindung von Gewalt, Konflikttransformation und die nachhaltige Gestaltung von gesellschaftlichem Wandel. Er setzt sich für ein besseres Verständnis von gewaltfreien Prozessen und Methoden sowie deren Dynamiken, Wirkungen und Voraussetzungen ein und vermittelt, wie diese in Auseinandersetzungen um Gerechtigkeit und Teil-

habe in einer von Geo- und Machtpolitik geprägten Welt praktisch eingesetzt werden können. Weitere seiner Schwerpunkte sind Aufarbeitung, Versöhnung und interkulturelle Verständigung. In dieser Hinsicht kann er auf längere Auslandsaufenthalte und Studienreisen in den USA, in Chile, Brasilien, Marokko, Russland, Indien und Kolumbien zurückblicken.

Er bringt Erfahrung in der Bildungs-, Medien- und Kulturarbeit mit, u. a. als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung (IFGK), als Moderator des Eine-Welt-Reports bei Radio Lora München, als Mitgründer und Redakteur des Online-Medienportals „gewaltfreie aktion“ und als Mitglied der Regionalgruppe Bayern von Peace Brigades International.

Kontakt:

k.kaisig@versoehnungsbund.de





Nehmen uns Maschinen neben der Arbeit auch das Einkommen ab?

Wir brauchen andere Verteilungskriterien

Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes treibt heute viele Menschen um

zu einem kleinen Teil auf der Leistung der aktuell Beteiligten. Es wäre also durchaus fair, auch den nicht direkt Beteiligten einen Anteil zu überlassen.

unserem Arbeitsethos, nicht aus Fakten.

Schon in der Bibel finden wir den Konflikt:

Oft zitiert wird der Apostel Paulus im zweiten Brief an die Thessalonicher, 3, 10: *Denn als wir bei euch waren, haben wir angeordnet: »Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen!«*

Selten wird auf das Gleichnis von den Arbeitern im Weinberg aus Matthäus 20, 1 ff Bezug genommen: Ein Grundbesitzer sucht Arbeiter für seinen Weinberg. Er geht dazu früh am Morgen und mehrmals später los, um Arbeiter einzustellen. Mit den ersten einigt er sich auf ein Silberstück für den Tag. Den später Eingestellten verspricht er, sie angemessen zu bezahlen. Die zuletzt Eingestellten haben dann nur noch eine Stunde Zeit zu arbeiten.

Am Ende des Tages bekommen alle den gleichen Lohn, ein Silberstück. Die Beschwerden derer, die lange gearbeitet haben, werden mit dem Hinweis entkräftet: Ihr bekommt, was wir vereinbart haben.

Der Konflikt zwischen Leistungsgerechtigkeit und Bedarfsgerechtigkeit, Neid auf die, die für weniger Arbeit das Gleiche bekommen, ist bis heute geblieben.

Wir müssen uns entscheiden, welche Art der Gerechtigkeit für uns und unser Zusammenleben wichtig ist:

Leistungsgerechtigkeit („Wer mehr leistet, soll mehr bekommen“)

Unter Leistung wird dabei aber immer nur Leistung durch Erwerbsarbeit, also bezahlte Leistung verstanden.

Für unser (Über-)Leben müssen wir aber viel mehr tun, als durch Erwerbs-

Meldungen über Stellenabbau, Werk-schließung und Ähnliches erscheinen vielen wie ein Schreckgespenst. Automatisierung, Einsatz von künstlicher Intelligenz wird deswegen als Gefahr gesehen.

Eigentlich ist es doch angenehm, wenn mit weniger Arbeit das Gleiche erreicht wird. Jedenfalls ändert sich durch Automatisierung nichts am Angebot von Gütern und Dienstleistungen.

Statt (auf Dauer wahrscheinlich erfolglos) gegen Rationalisierung zu kämpfen, sollten wir nach Wegen suchen, wie uns Maschinen nur die Arbeit abnehmen, nicht aber das Einkommen.

Wenn Maschinen die Arbeit übernehmen, ist die nur noch viel weniger geleistete menschliche Arbeit nicht mehr als Maßstab für das Einkommen geeignet.

Aber Menschen brauchen Einkommen – Maschinen brauchen kein Einkommen.

Produktivitätsgewinne durch Automatisierung basieren auf gesellschaftlichem Wissen, öffentlicher Infrastruktur, kollektiven Daten und nur

Mögliche Kriterien für eine andere Verteilung

Einkommen kann sich an Leistung, an Bedarf oder an Teilhabe orientieren.

Leistung: Wer arbeitet, bekommt Einkommen.

Bedarf: Jeder bekommt, was er zum Leben braucht.

Teilhabe: Jeder bekommt die Möglichkeit, an der Gesellschaft teilzunehmen.

Entkopplung von Arbeit und Einkommen hat nützliche Nebeneffekte:

- Mit einer Entkopplung wird eine Stabilisierung der Nachfrage erreicht. Ohne Einkommen kaufen Menschen weniger, die Wirtschaft gerät ins Ungleichgewicht.
- Die Menschen gewinnen Freiheit und gesellschaftlicher Nutzen entsteht. Menschen können Tätigkeiten wählen, die nicht oder nur gering bezahlt, aber sinnvoll sind (Pflege, Ehrenamt, Kunst).

Der größte Widerstand gegen solche Veränderungen kommt aus



arbeit abgedeckt wird. Durch Haushalts- und Familienarbeit, Nachbarschaftshilfe, Selbstversorgung wird viel geleistet – ohne Entlohnung. Wenn z. B. keine Kinder mehr geboren und großgezogen werden, stirbt unsere Gesellschaft aus.

Letztlich wird auch durch Schwarzarbeit und durch kriminelle Aktivitäten – Drogenhandel, Mafia, Cyberattacken, ... – etwas geleistet.

Es gibt keinen allgemein anerkannten Maßstab für die Entlohnung von Leistung, der für alle Tätigkeitsbereiche gilt. Ist z. B. die Leistung einer Kindergartenleiterin im Schnitt mehr oder weniger wert als die eines Bankdirektors?

Und nicht zu vergessen: Welche Leistung wird durch Einkommen aus Kapital entlohnt? Oder durch eine Erbschaft?

Bedarfsgerechtigkeit („Jeder soll genug zum Leben haben“)

Jeder Mensch hat Anspruch auf ein würdiges Leben. Einkommen soll die Mindestbedürfnisse sichern.

Die Höhe des Bedarfs ist zwar schwer zu definieren, könnte sich aber an den Sätzen der Sozialhilfe oder am Grundfreibetrag der Einkommensteuer orientieren.

Teilhabegerechtigkeit („Alle sollen an der Gesellschaft teilhaben“)

Es geht nicht nur ums Überleben, sondern um aktive Teilhabe. Einkommen ermöglicht soziale, kulturelle, politische Teilnahme. Wer ausgeschlossen ist, gefährdet langfristige Demokratie und Stabilität.

Bedingungsloses Grundeinkommen als Alternative

Das oben genannte Beispiel aus der Bibel zeigt, dass sich die Menschheit schon lange mit diesen Fragen beschäftigt. Mit dem Beginn der Industrialisierung in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts schreitet die Automatisierung immer schneller voran. Wir werden diese Entwicklung nicht aufhalten, aber wir könnten endlich den Mut fassen, alternative Modelle umzusetzen.

Am bekanntesten ist das Modell des bedingungslosen Grundeinkommens (BGE), https://de.wikipedia.org/wiki/Bedingungsloses_Grundeinkommen.

Der Einwand, so etwas sei nicht finanzierbar, ist nicht durch Fakten begründet, sondern durch unseren Widerstand gegen größere Veränderung.

Heute macht die Einkommensteuer fast die Hälfte der Steuereinnahmen aus – es wird also hauptsächlich die Wertschöpfung aus menschlicher Arbeit besteuert.

Eigentlich liegt es doch nahe, dass, wenn Maschinen einen immer größeren Teil der Wertschöpfung leisten, die Besteuerung entsprechend angepasst werden muss.

Mit entsprechend bemessenen Roboter- oder generellen Wertschöpfungsabgaben, stärkerer Besteuerung von Kapital, Besteuerung von Energie, ließe sich so ein Grundeinkommen problemlos finanzieren.

Ein Beispiel, wie weit wir dabei denken könnten, hat Keith V. Roberts

schon 1982 in seinem Buch *Automation, Unemployment and the Distribution of Income* (Maastricht, 1982) gezeigt: Er hat eine Finanzierung des BGE durch die Mehrwertsteuer durchgerechnet. Mit einem Mehrwertsteuersatz von rund 100 % würde nach dieser Rechnung etwa die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts als Steuer eingehoben, die Einkommen blieben dafür steuerfrei. Da die Kosten der Unternehmen nach diesem Modell um die Hälfte niedriger wären (Wegfall direkter Steuern, Sozialabgaben und verschiedener anderer Kosten), würden sich die Preise dadurch praktisch nicht verändern. Die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland würde wachsen, da die Mehrwertsteuer Exporte nicht belastet. Belastet würden dagegen die Importe. Selbstverständlich könnten dabei die Mehrwertsteuersätze ähnlich gestaffelt werden wie es heute auch der Fall ist, mit geringer Belastung für Lebensnotwendiges, mit hohen Belastungen für Güter, deren Gebrauch eingeschränkt werden soll.

Damit wäre übrigens auch die Finanzierung der Altersversorgung gelöst – das BGE gibt es unabhängig vom Alter.

Wir müssen allerdings – und das ist wahrscheinlich die größte Hürde – den Mut finden, unser Gerechtigkeitsempfinden an die fortschreitende Automatisierung anzupassen.

Rudolf Mehl





Der „andere“ Tolstoi und die unbekannte Friedensbibliothek

Die Verbreitung des Internets und des Digitaldrucks haben es ermöglicht, dass gemeinfreie Werke entweder kostenlos oder zu einem verhältnismäßig günstigen Preis angeboten werden können. Das führt leider auch dazu, dass diese Werke oft nur lieblos von einer mangelhaften Vorlage kopiert werden oder ohne anschließendes Lektorat einer automatischen Texterkennung (OCR) unterzogen werden, was zahlreiche Fehler im neu gesetzten Text verursacht. Der Digitaldruck eröffnet jedoch auch die Chance, vergiffene Werke wieder zugänglich zu machen, vor allem dann, wenn bei den großen Publikumsverlagen kein Interesse daran besteht oder die Herausgabe auf der Graswurzelebene den Werken eher entspricht als eine kommerzielle Vermarktung. Auf die Tolstoi-Friedensbibliothek trifft beides zu, denn sie geht nicht nur auf das Desiderat einer umfänglichen deutschsprachigen Edition ein, sondern bietet auch alle bislang erschienenen Bände kostenfrei online un-

ter <https://www.tolstoi-friedensbibliothek.de/>, und für alle, die lieber auf Papier lesen, sind Taschenbuchausgaben über „Books on Demand“ zu einem günstigen Preis verfügbar, der nicht auf Gewinn kalkuliert ist.

Es ist erstaunlich, wie Herausgeber und VB-Mitglied Peter Bürger mit Unterstützung seiner Kooperationspartner*innen seit 2023 in einer Art akribischen Besessenheit und mit großer editorischer Sorgfalt insgesamt 45 Bände herausgeben konnte, die so gar nichts gemein haben mit den eingangs erwähnten OCR-Kopien. Umso verwunderlicher, dass das Editionsprojekt bis auf wenige Ausnahmen nicht das ihm gebührende Echo in der Medienlandschaft hervorgerufen hat. Möglich, dass das oftmals leider berechtigte Vorurteil über die mangelhafte Reproduktion gemeinfreier Werke dazu beigetragen hat; möglich aber auch, dass Tolstoi bewusst gemieden wird, wie der Herausgeber selbst vermutet. Denn neben den immer wieder auf-

gelegten Romanen und Erzählungen bietet die Friedensbibliothek vor allem den unbekannteren Tolstoi: „Der „andere Tolstoi“, der die „Lehre Jesu“ wieder entdeckt, die Herrschaft von Menschen über Menschen demaskiert, sich als Anwalt der Armen zu Wort meldet und die militärische Heilslehre einer Fundamentalkritik unterzieht, wird durch dieses Editionsprojekt endlich in der ganzen Breite gewürdigt“, so Peter Bürger.

Den einzelnen Bänden sind neben editorischen Notizen auch Hinführungen und Begleittexte beigegeben, entweder von Peter Bürger selbst oder von anderen Autor*innen wie etwa Eugen Drewermann, Käte Gade oder Gregor Gysi. Abseits der tolstoischen Einzelwerke, die zum Teil mit alternativen Übersetzungen dargeboten werden, enthält die Bibliothek inzwischen auch Anthologien, die verstreute Texte zu einem bestimmten Thema in einem Band vereinen. Um den Bekanntheitsgrad der Edition zu erhöhen, ist jüngst ein Ge-

Leo N. Tolstoi

Das Reich Gottes ist in Euch

oder Das Christentum als eine neue Lebensauffassung, nicht als mystische Lehre
(Christi Lehre und die Allgemeine Wehrpflicht)



Tolstoi Friedensbibliothek

Leo N. Tolstoi

Staat - Kirche - Krieg

Texte über den Pakt mit der Macht und das Herrschaftsinstrument Patriotismus



Tolstoi Friedensbibliothek

Leo N. Tolstoi

Das Töten verweigern

Texte über die Schönheit der Menschen des Friedens und den Ungehorsam



Tolstoi Friedensbibliothek

Leo N. Tolstoi

Wider den Krieg

Ausgewählte pazifistische Betrachtungen und Aufrufe 1899 - 1909



Tolstoi Friedensbibliothek





samtprospekt erschienen, der auf der Internetseite der Friedensbibliothek (<https://www.tolstoi-friedensbibliothek.de/ueber-das-projekt/>) abgerufen werden kann. Wer sich vor allem mit Tolstois Schriften gegen Krieg und Militarismus auseinandersetzen möchte, wird auf die folgenden fünf Bände verwiesen:

1. Das Reich Gottes ist in Euch: Christi Lehre und die Allgemeine Wehrpflicht, 1893 (Band TFb A9)
2. Staat – Kirche – Krieg. Texte über den Pakt mit der Macht und das Herrschaftsinstrument Patriotismus (Band TFb B2)
3. Das Töten verweigern. Texte über die Schönheit der Menschen des Friedens und den Ungehorsam (Band TFb B3)
4. Wider den Krieg. Ausgewählte pazifistische Betrachtungen und Aufrufe 1899–1909 (Band TFb B4)
5. Das Gesetz der Gewalt und die Vernunft der Liebe. Texte über die Weisung, dem Bösen nicht mit Bösem zu widerstehen (Band TFb B5)

Sebastian Hirschbeck

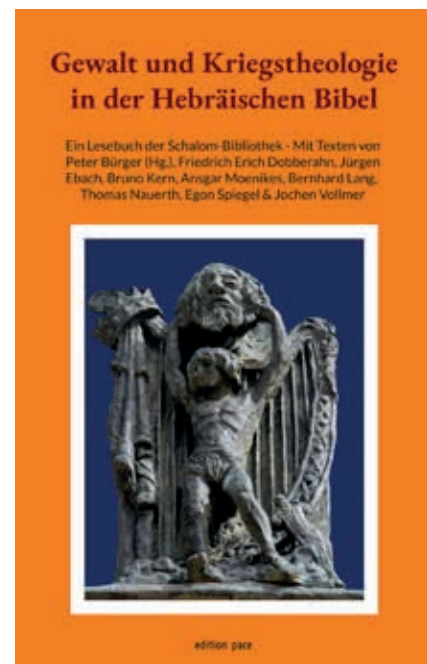
Drei neue Bände der edition pace



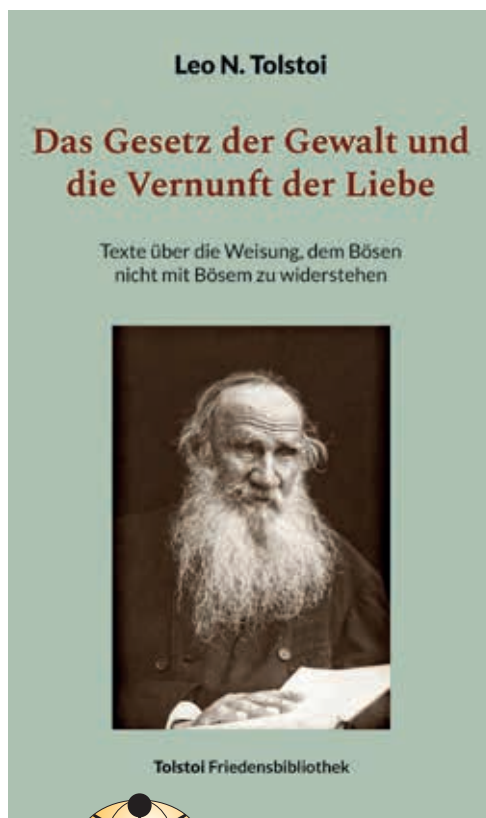
Norderstedt: BoD 2026, ISBN: 9783695784059 (Paperback; 436 Seiten; 16,99 €), oder kostenfrei unter <https://solidarischekirche.de/>



Norderstedt: BoD 2026, ISBN: 9783696362478 (Paperback; 448 Seiten; 16,99 €), oder kostenfrei unter <https://schalom-bibliothek.org/digitalbibliothek/>



Norderstedt: BoD 2026, ISBN: 9783696396756 (Paperback; 400 Seiten; 16,99 €), oder kostenfrei unter <https://schalom-bibliothek.org/digitalbibliothek/>



Pfingsten 2025 - Fünf Jahre Mahnen gegen Atomwaffen

Von Mechthild Geue

Seit Jahrzehnten engagieren sich Menschen überall auf der Welt gegen Atomwaffen. In Köln sind es vor allem Menschen aus dem Internationalen Versöhnungsbund und von pax christi, die an jedem 9. eines Monats ab 17 Uhr für eine Stunde schweigend vor der Antoniterkirche in Kölns Innenstadt stehen. Der 9. deshalb, weil der Abwurf der Atom-bombe am 9. August 1945 auf Nagasaki das letzte Mal gewesen sein soll, dass Menschen Menschen dieses Leid zufügen, das jede Vorstellung übersteigt. Dieses Jahr ist der 9. Juni der 5. Jahrestag unserer monatlichen Mahnwache für eine Welt ohne Atomwaffen, für deren Abzug aus Büchel in der Eifel und dafür, dass Deutschland endlich den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet. Und – Pfingstmontag.

Wie meist werde ich still in der Gemeinschaft des mahnenden Halbkreises und im Schauen der mal eilenden, heute mehr spazierenden Menschen auf der Schildergasse. Heute sind es weniger als an Werktagen und doch berührend in ihrer Vielfalt und Vielfarbigkeit, in ihren Freuden und ihrem Kummer. Die meisten reagieren mit Sympathie, viele mit Interesse und Dankbarkeit. Das Mahnen an die mögliche Vernichtung all dessen, was lebt und liebt, wird in Gesprächen oft verbunden mit der Ablehnung von Krieg und Gewalt überhaupt und der Sehnsucht nach weltweiter Mitmenschlichkeit. Wie fremd vielen einfachen Menschen doch die Logik der Tötungsvorbereitung für eine angeblich so vernünftige Verteidigungspolitik ist!

In diesem Sinne an einem Pfingstmontag dort zu stehen, macht mir das Wunder von Pfingsten auf besonde-

re Weise gegenwärtig: Wie die Erfahrung des nach seiner Ermordung weiter lebenden und liebenden Geistes Jesu alle mitmenschlichen Grenzen sprengte. Wie Verständigung geschah über die Grenzen gesellschaftlicher Schichten, Nationen und sogar Sprachen hinweg. Wie im Zwischenmenschlichen ein Liebesfeuer entfacht wurde, welches heilte, befreite und Mut machte zu neuer Gemeinschaft, Verkündigung der Liebe Gottes und Widerstand gegen die Mächte des Todes.

Das, was dort geschah und immer wieder geschieht, wenn Menschen mutig ihre Waffen und harten Urteile beiseite legen und einander begegnen, öffnet Räume, in denen Liebe sich entfalten und reiche, uns oft überraschende Früchte bringen kann. Atomwaffen dagegen sind entfesselte und weithin alles Leben vernichtende Explosionen von Ressentiment und Hass. Wenn irgendetwas Sünde ist, dann ist es bereits die Drohung mit unendlichen Qualen und Tod, den ein Atomwaffeneinsatz für Tausende und Millionen Menschen bedeuten würde. Wenn diese Drohung dann noch mit sich christlich nennenden Lehrschreiben legitimiert wird, entsteht sie das Gesicht eines liebenden und über alle Maßen barmherzigen Gottes, der seine Sonne über allen aufgehen lässt.

Ich will nicht, dass in meiner Nähe Waffen lagern, die im realen oder gefühlten Verteidigungsfall meinen Mitmenschen z. B. in Russland ein solches Leid zufügen. Ich will auch nicht, dass ihnen damit gedroht wird. Und ich will nicht unter einem angeblichen Schutzschirm nuklearer Teilhabe leben. Es gibt ausnahmslos niemanden auf dieser Erde, dem ich

einen solchen Tod wünschen würde – nicht den Kleinen und nicht den Großen, nicht den Armen und nicht den Mächtigen, nicht den Tieren, nicht den großen Bäumen und nicht den kleinsten Pflanzen. Dass nicht mal das in den christlichen Kirchen selbstverständlicher Konsens ist, befremdet besonders an Pfingsten, ist es doch die Geburtsstunde der Kirche – Kirche als einer Liebesgemeinschaft, in der nicht nur alle geschwisterlich miteinander teilen, sondern deren Liebe auch die einschließt, die noch Feinde sind.

Woher kommt der Unglaube an die Kraft der Gerechtigkeit, der Wahrheit und der Liebe, die sichtbar wird in der Wirksamkeit aktiver Gewaltfreiheit? Woran nährt sich der Glaube an die erlösende Macht der Gewalt, der nicht mal vor Atomwaffen Halt macht? Warum ist es so schwer zu glauben, dass eine Spirale der Entfeindung und Verständigung in Bewegung gesetzt werden kann, wenn Menschen zu tatsächlichen Feinden oder denen, die dazu erklärt werden, sagen: „Ich will dich nicht töten und ich möchte, dass dir kein Unheil, sondern Heil geschieht“, aber zu den Mächtigen und denen, die Gewalt ausüben, zugleich sagen: „Ich werde mich nicht von dir unterdrücken lassen und ich werde nicht zulassen, dass du meinen Familien und Nachbar*innen auch nur ein Haar krümmst.“ Warum ist es so schwer zu glauben, dass in der Spannung dieser beiden scheinbar widersprüchlichen Pole sich Kreativität und Klugheit für gewaltfreien Widerstand und Soziale Verteidigung entfalten können?

Vielleicht wären Menschen in unserem Land zuversichtlicher bezüglich



der Wirkkraft aktiver Gewaltfreiheit, wenn sie alltäglich mehr Widerstand leisten würden gegen all das Unrecht, was nah und fern geschieht. Eine Gesellschaft freundlicher Widerständigkeit, gegenseitiger Hilfe und Solidarität wäre vielleicht weniger empfänglich für äußere Bedrohungsszenarien und gleichzeitig voller – in lebendigen Erfahrungen gründender – Hoffnung, diesen zur Not auch ohne Gewalt begegnen zu können. Nachtrag: Am 9. Juni 2026 waren es dann inzwischen 6 Jahre, dass wir uns einmal monatlich zur Mahnwache gegen Atomwaffen treffen.

Anm. der Redaktion:

Auch in Berlin findet am Brandenburger Tor eine Mahnwache an jedem 9. eines Monats statt. (Ansprechpartner: Werner Ruhoff, ruhoffw@posteo.de)

Am Atomwaffenlager Büchel selbst findet eine Mahnwache an jedem Freitag, der dem 9. eines Monats am nächsten ist, am Bildstock auf der Friedenswiese statt; während der Sommerzeit beginnt sie um 16:40 Uhr, in der Winterzeit um 15:40 Uhr. (Ansprechpartner: Thomas Gerhards, bremm.gerhards@t-online.de und Horst-Peter Rauguth, diakonrauguth@aol.de)

Internationaler Bremer Friedenspreis 2026 an Initiativen im Libanon und in Niger

Von Clemens Ronnefeldt

Der Internationale Bremer Friedenspreis der Stiftung „die schwelle“ wurde am 8. Mai 2026 im Bremer Rathaus an einen Kulturarbeiter aus dem Libanon und sein Team sowie an eine Initiative aus Niger und Deutschland und ihren Einsatz gegen eine kolonial geprägte Bildungspolitik in dem westafrikanischen Land verliehen.

Das Datum – der Jahrestag des Endes des 2. Weltkrieges und der Befreiung vom Faschismus – war bewusst gewählt, wie die Vorsitzende der Stiftung, Annette Klasing, und auch die ehemalige Bürgermeisterin und Schirmfrau des Friedenspreises, Karoline Linnert, in ihren Ansprachen betonten.

Mit dem Preis für wegweisende Friedensarbeit wurde Mahdi Yahya und sein Projekt *Peace of Art* im Libanon ausgezeichnet. Mit Musik und künstlerischen Projekten schafft er Räume für Dialog, Begegnung und gewaltfreie Konfliktbearbeitung über soziale und religiöse Grenzen hinweg – und all dies unter sehr schwierigen politischen und gesellschaftlichen Bedingungen jahrelanger Spannungen sowie des aktuellen Krieges. Den

Preis für ermutigende Initiativen erhielt der Verein „*Mate ni kani*“ aus Deutschland und Niger – einem Land, in dem eine problematische Lücke zwischen der seit Kolonialzeiten gelehrtten Schulsprache Französisch und der Muttersprache vieler Kinder klafft.

Der Verein, der seinen deutschen Sitz in Bremen hat, veröffentlicht emanzipatorische Kinder- und Jugendbücher für den muttersprachlichen Unterricht in Niger und unterstützt Fraueninitiativen beim Aufbau eigener wirtschaftlicher Perspektiven.

„Dass *Mate ni kani* ausgezeichnet wird, ist kein Zufall, sondern der Lohn für eine kolossale und unschätzbare Arbeit über mehr als 15 Jahre hinweg und die Ermutigung zu einer soliden und dauerhaften Zusammenarbeit zwischen unseren Völkern“, sagte der Verleger Bako Malam Abdou aus der nigrischen Hauptstadt Niamey, der in Zusammenarbeit mit dem Verein mittlerweile 56 Bücher herausgebracht hat.

Die Stiftung „die schwelle“ unterstützt seit vielen Jahren die Jahrestagungen des Versöhnungsbundes und ist dem VB inhaltlich und freundschaftlich verbunden. Vom Internationalen Versöhnungsbund (IFOR) wurde Maria Biedrawa vom Französischen Zweig (MIR France) im Jahre 2024 in der Kategorie „Wegweisende Friedensarbeit“ mit dem Bremer Friedenspreis ausgezeichnet. Seit 20 Jahren ist die Sozialpädagogin auf dem afrikanischen Kontinent in unterschiedlichen Kontexten und Ländern, z. B. in der Zentralafrikanischen Republik und im Süd-Sudan, aktiv. Den Friedenspreis 2021 als „Friedensbotschafter im öffentlichen Leben“ erhielt Clemens Ronnefeldt für seinen jahrzehntelangen Einsatz, der aktuell die Rolle der Verbindungsperson zwischen VB und der Stiftung „die schwelle“ übernommen hat.



Clemens Ronnefeldt und der Verleger Boko Malam Abdou am 8. Mai 2026 im Bremer Rathaus





Eva-M. Willkomm gratuliert älteren VB-Mitgliedern zu runden Geburtstagen und fragt bei der Gelegenheit, ob sie berichten mögen, wie sie zum VB gekommen sind, was sie da erlebt haben und was sie an dem Verband so schätzen oder kritisieren.

Bernd Büscher

Ort und Tag meines Entschlusses, Mitglied des Versöhnungsbundes zu werden, kann ich genau bestimmen: Es war Samstag, der 31. Juli 1982, in Dubuque im US-Staat Iowa. Seit einigen Monaten lebte ich damals in einem Haus der Catholic-Worker-Bewegung in Rock Island/Illinois, um deren Lebensstil der Verbindung von christlicher Lebensgemeinschaft, praktischem Einsatz für arme und obdachlose Menschen sowie gewaltfreiem Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit kennenzulernen. Zuhause in Deutschland war ich durch die evangelische Jugend zur Beschäftigung mit den Ideen der Gewaltfreiheit und schließlich zur Kriegsdienstverweigerung gekommen, hatte mich im Rahmen eines Diplom-Studiums mit friedenspädagogischen Themen beschäftigt und darüber meine Abschlussarbeit geschrieben. Natürlich war ich – wie fast alle – in der Frie-

denzbewegung der 80er Jahre aktiv geworden. Die Zeit beim Catholic Worker sah ich als Gelegenheit, meine Überzeugungen in aller Radikalität zu leben. Ende Juli 1982 fuhren wir dann mit einer kleinen Gruppe zur Jahrestagung des FOR, dem amerikanischen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes. Ich erinnere mich an beeindruckende Begegnungen mit Daniel Berrigan und Jim Wallis, aber auch an einen Workshop zur Geschichte der IFOR, im Laufe dessen mir klar wurde, dass es hier eine religiöse Friedens-Internationale gab, der ich mich unbedingt anschließen wollte. Zurück in Deutschland wurde ich dann schnell Mitglied im VB, war aber meiner Erinnerung nach nur einmal Teilnehmer einer Jahrestagung in Bonn. Durch den Catholic



Worker geprägt engagierte ich mich in den nächsten Jahren mehr beim Aufbau einer Suppenküche in Dortmund und dazu gehörenden Aktionen. Der VB begegnete mir über die Jahre aber weiterhin in aktiven Mitgliedern, die mich persönlich geprägt haben – Hildegard Goss-Mayr, Eric Bachman, Wolfgang Sternstein, Hanno Paul, Uli Sonn, Heinz Rothenpieler, Theo Hengesbach ... – so dass für mich immer ein Gefühl der Verbundenheit bestehen blieb.

Morgenimpuls zur Einstimmung auf der Jahrestagung





Johannes Maier

Als 1946 geborenes Nachkriegskind hat bei mir das Engagement für den Frieden schon als Schüler und junger Erwachsener begonnen. Das hing damit zusammen, dass ich aus der pietistischen Prägung durch die Evangelische Brüdergemeinde Korntal in Württemberg irgendwie herausgewachsen bin. Früh habe ich mich gefragt, wie es während der Zeit des Dritten Reiches geschehen konnte, dass jüdische Deutsche ausgegrenzt und verfolgt wurden? Hatten denn die Menschen, die christlichen Gemeinden angehörten, vergessen oder nur verdrängen wollen, als sie fast ausnahmslos nicht kritisch thematisiert haben, dass die jüdische Überlieferung Wurzelgrund für die Entstehung der christlichen Gemeinden und deren Überlieferung auch damals schon gewesen ist? Ja, dass Jesus, auf dessen Botschaft hin die Kirche entstanden ist, doch selber Jude gewesen ist? Und – wie wir aus der Überlieferung wissen – ist er es geblieben bis zu seiner Hinrichtung.

Den IVB hatte ich lange Zeit eher am Rande wahrgenommen. Ich bin ihm 2015 als Mitglied beigetreten. Der Anlass war, dass ich zum einen Johannes Weissinger (Bad Berleburg) zusammen mit Thomas Nauerth (Bielefeld) beim Evangelischen Kirchentag 2015 in Stuttgart begegnet bin. Wir saßen zufällig beim Mittagessen am selben Biertisch im Freien auf dem Vorplatz der Evangelischen Friedenskirche. Ich lauschte den beiden interessiert zu und kam mit ihnen, die ich vorher nicht kannte, ins Gespräch. Ich erwähnte, dass ich derzeit an der Erforschung der Geschichte eines Kriegsdienstverweigerers im Zweiten Weltkrieg mit Namen Immanuel Röder aus meiner Heimatstadt,

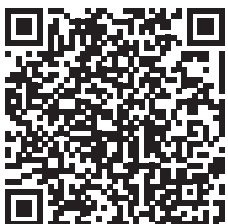
arbeitete (https://storage.e.jimdo.com/file/09bb5856-faef-4f0a-b1b5-e5b30255a121/2016_Buch_Immanuel_Roeder-1.pdf). Johannes Weissinger erzählte mir in diesem Zusammenhang von seinem Vater, einst EAK-Pfarrer wie er selber, der als Mitglied des IVB mit Rudolf Daur über Jahre hinweg in Freundschaft zusammengearbeitet habe. Rudolf Daur, geboren und aufgewachsen in Korntal, der später als Pfarrer in Stuttgart gewirkt hat, sei 12 Jahre lang Präsident des IVB gewesen. Als ehemaliger Korntaler hatte ich nie davon etwas gehört. Ich muss sagen, es hat mich elektrisiert, von Rudolf Daur als einer aus der pietistischen Evangelischen Brüdergemeinde Korntal herausgewachsenen Person zu hören, die im Dritten Reich offenbar nicht mitgemacht hat. Ich erfuhr weiter, auch Johannes Weissinger und Thomas Nauerth seien als Mitglieder des IVB aktiv. Das hat mich bewogen, nochmal genauer hinzuschauen.

Zum anderen habe ich nach einer Versammlung in einem leeren Saal des Gemeindehauses auf einem Büchertisch die beiden grünen Bände in DIN-A4 Format von Eberhard Bürger (heute Magdeburg), vorgefunden. Ich habe beide Bände sofort erworben und kurz darauf auch hoch interessiert „verschlungen“. Der Titel des ersten Buches lautete: „Kirche des Friedens werden – Aufbrüche im Bereich der ehemaligen DDR“. Der zweite Band war deutlich schmaler. Er dürfte heute noch zu finden sein unter dem Titel „Friedensbewegungen in der Ökumene um die Zeit des ersten Weltkriegs – Ein Überblick“.

Es waren diese beiden Anlässe, die mich unmittelbar darauf bewogen haben, nun endlich auch selber in den IVB einzutreten.



Ja, ich möchte an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich festhalten: Die Geschichte, die in der ehemaligen DDR letztendlich dazu geführt hat, dass es eine „Friedliche Revolution“ i. S. von erfolgreichem gewaltfreiem Widerstand aus der Zivilgesellschaft heraus in Deutschland gegeben hat, ist für mich von allergrößter Bedeutung. Gerade angesichts der beiden schrecklichen Gewalteskalationen, für die die Deutschen im 20. Jahrhundert zu recht verantwortlich zu machen sind. Und ich finde es inakzeptabel, dass angesichts der Aufforderung unseres sozialdemokratischen Verteidigungsministers, „kriegstüchtig“ zu werden, das kulturelle Erbe der Friedlichen Revolution in der öffentlichen Debatte so gut wie keine Rolle mehr spielt. Das Ziel, kriegstüchtig zu werden, gilt heute ja nicht nur der Bundeswehr, sondern unserer gesamten Gesellschaft. Das, was dem – Gott sei Dank – glücklichen Erfolg der Friedlichen Revolution vorausgegangen war, würde ich als Folgen der Versuche kreativer Übungen in zivilem Widerstand über Jahre hinweg deuten. Das wurde in den vergangenen Jahren von Eberhard und Barbara Bürger auch im Rundbrief immer wieder wunderbar deutlich gemacht.





04.10. und 15.11.2026, Eine halbe Stunde Stille

Gerta Klaßen

In der Stille, die alle miteinander verbindet, weil sie nicht konfessionell, nicht politisch ist und keiner Nation angehört, lassen die Teilnehmer*innen auf Friedhöfen und an Gedenkstätten für eine halbe Stunde ihre Ohnmacht und Sehnsucht zu angesichts von Kriegen und Gewalt.

Suchen und Eintragen von Veranstaltungen:



10.10.2026, Jugendherberge Bonn, Fachtag „Zukunft ist machbar: Sozial-ökologische Visionen im Globalen Lernen“

Bund für Soziale Verteidigung



Der Fachtag richtet sich in erster Linie an Lehrkräfte und Multiplikator*innen in der Bildungsarbeit und ermöglicht es ihnen, anhand der Schritte Globalen Lernens didaktische Methoden im sozial-ökologischen Visionsfeld zu durchlaufen, zu erproben und zu reflektieren.

10.10.2026, Büchel, Protestmahnwache gegen das NATO-Atomkriegsmanöver „Steadfast Noon“

17.10.2026, Nörvenich, Demonstration gegen „Steadfast Noon“

atomwaffenfrei.jetzt

Das Aktionsbündnis fordert u. a. die Absage der Beteiligung der Bundeswehr am Atomkriegsmanöver „Steadfast Noon“, den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland und die Beendigung der „nuklearen Teilhabe“.



17.10.2026, Reutlingen, Tagung „We shall overcome! – Gewaltfrei aktiv für die Vision einer Welt ohne Gewalt und Unrecht“

Frieden wagen e. V. (ehemals Lebenshaus Schwäbische Alb)

Die Teilnehmer*innen sollen ermutigt werden in ihrem Engagement für eine gerechtere, friedvollere und zukunftsfähige Welt. Es referieren Jacqueline Andres und Bruno Kern; nach den Vorträgen ist Gelegenheit zum Austausch.



IFOR + EUFOR-Treffen in Strasbourg

Vom 5. bis 12. November 2026 treffen sich die IFOR-Mitglieder in Strasbourg.

Das Treffen ist offen für alle Mitglieder.

Strasbourg ist einfach zu erreichen, das Treffen wäre eine gute Gelegenheit, IFOR besser kennenzulernen.

Weitere Informationen folgen. Bei Interesse bitte in der Geschäftsstelle melden.

08.11.–18.11.2026, Ökumenische FriedensDekade

Das Jahresmotto „couragiert widerständig“ fordert dazu auf, das eigene Gewissen zu schärfen, aktiv für Menschenrechte einzutreten und gewaltfreie Alternativen zur „Kriegstüchtigkeit“ zu stärken.



Suchen und Eintragen von Veranstaltungen:

21.11.2026, Bonn, Jubiläumsfeier 30 Jahre Frauen- netzwerk für Frieden

Unter dem Titel „Auf ihren Schultern – Fundamente feministischer Friedensarbeit“ sollen Erinnerungen, Austausch und gemeinsames Weiterdenken ermöglicht werden. Themen sind die Geschichte des FNF und der FrauenFriedensbewegung in Deutschland, das Friedensengagement von Frauen-
gruppen in Lateinamerika und die Herausforderungen feministischer Friedensarbeit in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Informationen und Anmeldung:



13.–15. November 2026, Karlsruhe (Thomashof): Nein zum Krieg! Ja zu ...?

Einladung zur gemeinsamen Herbsttagung des Deutschen Mennonitischen Friedenskomitees (DMFK), von Church & Peace, des Friedensausschusses der Quäker und des Versöhnungsbundes

Wehrfähigkeit, Kriegstüchtigkeit, Aufrüstung – das ist die Sprache unserer Zeit. Militarisierung erfasst nicht nur die Bundeswehr, sondern auch die politische Debatte und die Gesellschaft. Man könnte meinen, wir befinden uns bereits in einer Vorkriegszeit.

Die Vorkriegszeit ist die Zeit der militärischen und gesellschaftlichen Bewaffnung. Krieg wird als etwas Un-

ausweichliches propagiert. Eigentlich ist es aber die Zeit zur Umkehr, zum deutlichen „Nein“, zur Kriegsdienstverweigerung – persönlich und als Gesellschaft. Diese Zeit verlangt nicht nach Gehorsam, sondern nach Widerspruch.

Es ist nicht nur eine Zeit zum „Nein“, sondern auch zu einem klaren „Ja“! Ein Ja, das für eine Zukunft ohne Rüstung und Militär steht: ein Ja zum Leben jedes einzelnen Menschen und zum Erhalt der Erde. Die alle zwei Jahre stattfindende gemeinsame Tagung will heuer einen Beitrag zur Friedensfähigkeit in Wort & Tat leisten und lädt ein, ein „Ja“ zum Frieden zu gestalten. Sie ist vor allem auch eine Gelegenheit zum gegenseitigen Kennenlernen und zur Begegnung.

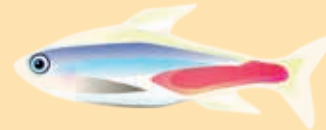
Anmeldung und weitere Informationen unter www.dmfk.de/herbsttagung/herbsttagung-2026/



weitere Termine

Viele unserer befreundeten Organisationen (zu finden auf der Homepage www.versoeohnungsbund.de/ueber/befreundete-organisationen) veranstalten Tagungen, Schulungen und vieles andere.





Eine Geschichte über Arbeitsmoral

**Geschichte vom armen
Fischer und erfolgreichen
Geschäftsmann – oder
warum wir mit Arbeit unsere
Zeit verschwenden**

Ein Geschäftsmann fuhr in Urlaub und verbrachte einige Tage in einem Dorf am Meer. Ein paar Tage lang beobachtete er die Dorfgemeinschaft und stellte fest, dass ein bestimmter Fischer am glücklichsten und zufriedensten von allen wirkte. Der Geschäftsmann wollte gerne wissen, woran das lag, und fragte den Fischer schließlich: „Was tust Du jeden Tag?“

„Jeden Morgen frühstücke ich mit meiner Frau und meinen Kindern. Dann gehen meine Kinder zur Schule, ich fahre zum Fischen raus, und meine Frau malt. Nach ein paar Stunden habe ich genügend Fische für die Familienmahlzeiten.

Nach dem Mittagessen mache ich mit meiner Frau eine Siesta, gehe ins Dorf spazieren, trinke dort ein Gläschen Wein und spiele Gitarre mit meinen Freunden.

Nach dem Abendessen gehe ich mit meiner Frau am Strand spazieren und beobachte den Sonnenuntergang, während die Kinder im Meer schwimmen.

Sie sehen, ich habe ein ausgefülltes Leben.“

Der Geschäftsmann war fassungslos: „Machen Sie das jeden Tag?“

„Meistens schon. Manchmal machen wir auch andere Dinge, aber für gewöhnlich sehen meine Tage so aus.“

„Und Sie können jeden Tag genügend Fische fangen?“

„Ja, es gibt viele Fische.“

„Könnten Sie mehr Fische fangen, als Sie für ihre Familie mit nach Hause nehmen?“

Der Fischer antwortete lächelnd: „Oh ja, häufig fange ich viel mehr und lasse sie einfach wieder frei. Sie müssen wissen, ich liebe es, zu fischen.“

„Aber warum fischen Sie nicht den ganzen Tag und fangen so viele Fische, wie Sie können? Dann könnten Sie den Fisch verkaufen und viel Geld verdienen. Schon bald könnten Sie ein zweites Boot kaufen und dann ein drittes Boot, andere Fischer beschäftigen, die ebenfalls viele Fische fangen. In ein paar Jahren könnten Sie sich ein Büro in einer großen Stadt einrichten, und ich wette, dass Sie innerhalb von zehn Jahren ein internationales Fischhandelsunternehmen aufbauen könnten.“

„Und warum sollte ich das alles tun?“

„Nun, wegen des Geldes. Sie würden es tun, um eine Menge Geld zu verdienen, und sich dann zur Ruhe setzen.“

„Und was würde ich dann in meinem Ruhestand tun?“

„Na ja, was immer sie möchten.“

„Etwa mit meiner Familie frühstücken?“

„Ja, zum Beispiel“, sagte der Geschäftsmann ein bisschen verärgert darüber, dass der Fischer sich nicht stärker für seine Idee begeisterte.

„Und da ich so gerne zum Fischen gehe, könnte ich, wenn ich wollte, jeden Tag ein bisschen fischen?“

„Ich wüsste nicht, was dagegen spräche. Wahrscheinlich würde es dann nicht mehr so viele Fische geben, aber vermutlich wären noch genügend da.“

„Vielleicht könnte ich dann auch meine Abende mit meiner Frau verbringen. Wir könnten am Strand spazieren gehen und den Sonnenuntergang beobachten, während unsere Kinder im Meer schwimmen?“

„Sicher, alles, was Sie wollen, wobei Ihre Kinder dann wahrscheinlich schon erwachsen sein dürften.“

„Aber das alles tue ich ja schon jetzt.“

Der Fischer lächelte ihn an, gab ihm die Hand und wünschte ihm gute Erholung.

Tatsächlich zog der solcherlei belehrte Geschäftsmann nachdenklich von dannen, denn früher hatte er auch einmal geglaubt, er arbeite, um eines Tages einmal nicht mehr arbeiten zu müssen, und es blieb keine Spur von Mitleid mit dem ärmlich gekleideten Fischer in ihm zurück, nur ein wenig Neid.

Die Geschichte findet man mit unterschiedlichen Titeln und Ausschmückungen bei verschiedenen Autoren. Dieser Text enthält Teile von Heinrich Böll, Hartmut Rosa, Roland Still und John Streleky.

